



Arbeitsbilanz

SPD AG Migration Tempelhof-Schöneberg

2010 - 2012



Berlin, Februar 2012

AG Migration in der SPD Tempelhof-Schöneberg
Feurigstr. 4
10827 Berlin

Tel: 030 – 781 22 83
Fax: 030 – 780 012 17
Email: orkanoezdemir@yahoo.de



Inhaltsverzeichnis

Grußwort des Vorsitzenden der AG Migration Tempelhof-Schöneberg

1. Übersicht über unsere Veranstaltungen
2. Stellungnahmen
3. Zeitungsartikel
4. Anträge
5. Impressionen der AG-Arbeit
6. Flyer und Mitgliederformular



**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde und Interessierte der AG Migration,**

ich freue mich Euch mitteilen zu können, dass die AG Migration ihren neuen Vorstand am 08. Februar 2012 gewählt hat: Roland Hergesell, Christine Poppelreuther, Petra Rudolphi-Korte, und Orkan Özdemir. Ich bedanke mich ganz herzlich für Euer Vertrauen und Eure Unterstützung und freue mich auf zwei weitere schöne und erfolgreiche Jahre.



Dennoch möchte ich diese Gelegenheit nutzen, Bilanz zu ziehen und auf die letzten zwei Jahre intensiver AG-Arbeit zurückzublicken:

Eine AG lebt selbstverständlich von ihren Mitgliedern und hier können wir eine erfreuliche Entwicklung feststellen. Seit Beginn der letzten Wahlperiode hat sich die Zahl der AG-Mitglieder stetig erhöht. Besonders erfreulich ist die hohe Zahl der aktiven Mitglieder der AG. Ich freue mich sehr, dass die Arbeit der AG von so vielen engagierten Mitgliedern und Interessierten getragen und unterstützt wird.

Um als AG Migration effektiv im Bezirk wirken zu können, ist es wichtig über den parteipolitischen Tellerrand hinauszuschauen. Daher war es diesem Vorstand ein großes Anliegen, die Vernetzung mit den verschiedenen - im Migrationsfeld tätigen - Vereinen und Organisationen in Tempelhof-Schöneberg, aber auch berlinweit zu intensivieren. Hier ist es uns gelungen mit vielen Akteuren in einen regelmäßigen Austausch zu treten. Es ist erfreulich zu sehen, dass wir genau durch diesen Austausch mit der Arbeit der AG als Akteur, Ratgeber und Interessenvertreter im migrationspolitischen Feld wahrgenommen werden.

Ich würde mich sehr freuen, wenn die AG Migration auch in den kommenden zwei Jahren wichtige Impulse für die migrationspolitische Arbeit in Tempelhof-Schöneberg und Berlin liefern kann. Hierbei ist die Arbeitsgemeinschaft natürlich auch auf Eure Unterstützung angewiesen und ich würde mich sehr darüber freuen, Euch bei einer unserer Veranstaltungen zu sehen – wir treffen uns jeden zweiten Mittwoch im Rathaus Schöneberg. Denn nur, wenn sich viele an den Prozessen der Gestaltung unserer Gesellschaft beteiligen, kann sich ein gemeinsames solidarisches Miteinanders entwickeln. Wir möchten als AG Migration die Plattform bieten, um migrationspolitische Ideen im Sinne des Pluralismus zu verwirklichen. Wir setzen auf Eure Kreativität, Vielfalt und Euren Sachverstand, um Impulse für die Politik der SPD im Bezirk, im Land und darüber hinaus zu geben.

Wer mehr über die AG Migration erfahren und aktiv mitentscheiden möchte, den lade ich ganz herzlich ein, Mitglied zu werden! Dazu muss man kein SPD-Mitglied sein, wenngleich es uns natürlich umso mehr freuen würde. Der Mitgliedsantrag befindet sich am Ende dieser Arbeitsbilanz.

Mit roten & solidarischen Grüßen

Eurer Orkan Özdemir

AG Migration in der SPD Tempelhof-Schöneberg

Tel: 030 – 781 22 83

Feurigstr. 4

Fax: 030 – 780 012 17

10827 Berlin

Email: orkanoezdemir@yahoo.de



1. Übersicht über unsere Veranstaltungen

Veranstaltungen 2010

April	Wahlveranstaltung	
Mai	Orga-Sitzung	
Juni	PartIntG	Safer Çinar (DGB)
Juli	Homophobie unter MigrantInnen	GLADT e.V.
August	Sommerstammtisch	
September	EU-Beitritt der Türkei	Thomas Vaupel (SPD-Parteivorstand: Europapolitischen Kommission)
Oktober	„Kultur statt „Rasse“ - Neorassistische Debatten um Islam und Muslime	Yasemin Shooman (Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin)
November	Orga-Sitzung	
Dezember	Weihnachtsfeier „Kulturkochen“	friedenau.integrativ e.V.

Veranstaltungen 2011

Januar	Informationsveranstaltung zum kommunalen Wahlprogramm 2011	
Februar	Bezirkliche Integrationsarbeit	Bezirksbürgermeister Ekkehard Band, Bezirksstadträtin Angelika Schöttler, Integrationsbeauftragte Gabriele Gün Tank
März	Sinti und Roma	Prof. Dr. Helgard Washington-Kramer (FU Berlin), Hamze Bytyci (Amaro Drom e.V.)
April	Orga-Sitzung	



Mai	Jugendmigrationsdienst der AWO	Angelika Schöttler, Sevilay Akbayir (AWO)
Juni	Informationsveranstaltung zum Seniorenbeirat	Angelika Schöttler, Huzur e.V.
Juli	Sommerstammtisch	
August	Milieubildung und Quartiersmanagement	Angelika Schöttler, Sebastian Beck (vhw)
September	Politischer Stadtspaziergang	
Oktober	Orga-Sitzung	
November	Anerkennung ausländischer Berufs- und Hochschulabschlüsse	Musa Özdemir (GEW), Swen Schulz (MdB)
Dezember	Weihnachtsfeier „Kulturkochen“	friedenau.integrativ e.V.



2. Stellungnahmen



Berlin, 22. April 2011

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde der AG Migration Thf-Sbg,

ich habe mit großem Bedauern und ein Stückweit Irritation am Donnerstagabend die Entscheidung der Schiedskommission in der Sache Sarrazins zur Kenntnis genommen. Eure zahlreichen Mails zeigen euer Unverständnis und eure Ratlosigkeit.

Die Genossinnen und Genossen wollen, dass sich unsere Partei zu den Werten wie soziale Gerechtigkeit, Toleranz, Solidarität so wie inkludierende Gesellschaft ohne Wenn und Aber bekennen muss. Diese Grundwerte können und dürfen nicht in Frage gestellt werden. Die Sozialdemokratie unterscheidet sich von anderen politischen Richtungen dadurch, dass diese Werte die Grundlage unserer politischen Handlungen bilden. Umso unverständlicher ist es, dass eine Person, die all diese Werte mit Füßen tritt und dies in den Medien förmlich als prominentes Parteimitglied zelebriert, sich heute nach zwei angestrebten Ausschlussverfahren immer noch Genosse nennen und voraussichtlich auch bleiben darf. Diese Art von Selbstprofilierung auf Kosten all der hart arbeitenden und engagierten Mitglieder unserer Partei, über alle Abstammungen und sozialen Schichten hinweg, hätte am Donnerstag sein Ende finden müssen. Viele GenossInnen hätten sich sicher gewünscht, dass diese Sache ein für allemal gegen Sarrazin abgeschlossen werden sollte.

Unsere Partei hat eine demokratische Tradition und unsere Statuten sind über ein Jahrhundert gewachsen und implementiert worden. Diese Entscheidung ist durch eine Mehrheit in den zuständigen Gremien zustande gekommen. Wir nehmen sie auch so zur Kenntnis.

Die aktuelle Frage in Anbetracht dieser Entscheidung ist, wie die SPD bei den bevorstehenden Wahlen ihre Glaubwürdigkeit in der allgemeinen Integrationsdebatte wiederherzustellen vermag.

Ich habe mit dem geschäftsführenden Vorstand der LAG Migration telefoniert und wir haben uns entschieden dazu **Anfang Mai 2011** in das AGH einzuladen, um die Entscheidung vom Donnerstagabend aufzuarbeiten.

Eine Einladung wird folgen.

Mit solidarischen Grüßen
Orkan Özdemir
Für die AG Migration Tempelhof-Schöneberg



Berlin, 16. Mai 2011

„Naziaufmarsch und Menschenjagd im Herzen von Berlin“

Liebe GenossInnen, liebe Freunde der AG Migration Thf-Sbg,

mit großer Empörung haben wir die schockierenden Ereignisse vom Samstag in Kreuzberg zur Kenntnis genommen.

Ein bei der Berliner Polizei angemeldeter und genehmigter Aufmarsch von rechtsextremen, gewaltbereiten Neonazis hat am Samstag im Herzen des interkulturellen Kreuzberger Bergmannkiezes stattgefunden.

Die Informationspolitik der Polizei ist dabei nicht nachzuvollziehen. Das Konzept der Geheimhaltung der rechtsextremen Versammlung und Routenführung ist in einem stark migrantischen Sozialraum kritisch zu bewerten, da Anwohner und unbeteiligte Passanten sich nicht auf diese bedrohliche Situation einstellen konnten.

Obwohl Informationen zu dem rechtsextremen Naziaufmarsch in gewissen sozialen Netzwerken an die Öffentlichkeit gedrungen sind, wurden die Anwohner weder über den Aufmarsch noch über die Route von der Berliner Polizei in Kenntnis gesetzt. Dieser Umstand führte zu höchst kritischen und äußerst bedrohlichen Situationen für unbeteiligte Passanten und Anwohner des Kiezes. Brutale Nazischläger veranstalteten eine regelrechte Menschenjagd auf „migrantisch“ aussehende Bürger, dabei wurde die Polizei von den skrupellos agierenden und gewaltbereiten Nazis überrannt. So wurden viele Menschen von hunderten gewalttätigen Rechtsextremen am U-Bahnhof Mehringdamm überrascht und grundlos verprügelt.

Ich möchte betonen, dass sich diese Szenen im Herzen Berlin-Kreuzbergs abgespielt haben und somit eine neue Dimension von rechtsextremer Gewalt erreicht wurde.

Die AG Migration Thf-Sbg kritisiert aufs Schärfste das Konzept der Geheimhaltung der Berliner Polizei. Die Genehmigung eines solchen provokativen und potenziell gefährlichen Aufmarsches, besonders in Anbetracht der sozialräumlichen Bedingungen, lässt uns an der Angemessenheit des Vorgehens der Berliner Polizei zweifeln.

Solche eine Menschenjagd können und wollen wir, als Sozialdemokraten, nicht akzeptieren. Eine Aufarbeitung dieser Vorfälle ist nicht nur dringend nötig, sondern verpflichtend.

Der Landesvorstand der SPD LAG Migration hat beschlossen in einer zeitnahen Veranstaltung die Ereignisse vom Samstag zu thematisieren.

Einladungen folgen demnächst.

Mit freundlichen und solidarischen Grüßen
Orkan Özdemir
Für die SPD AG Migration Thf-Sbg



Berlin, 30.08.2011

Pressemitteilung

Die BIG-Partei verteilt zurzeit Flugblätter mit dem Titel „Alle Kinder schützen – BIG Partei gegen Schulfach „Schwul“

Hierzu erklären Orkan Özdemir, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Migration Tempelhof-Schöneberg und Hermann Zeller, Vorsitzender der AG Lesben und Schwule Tempelhof-Schöneberg:

Die AG Migration und die AG Lesben und Schwule in Tempelhof-Schöneberg verurteilen das verleumderische Hetzblatt der BIG-Partei auf das Schärfste!

Mit Lügen, Halbwahrheiten und aus dem Zusammenhang gerissenen Fakten wird Stimmung gegen die sinnvolle und erfolgreiche Aufklärungsarbeit an den Schulen gemacht.

Obwohl längst widerlegt, wird der Eindruck erweckt, dass Kinder in der Grundschule mit Sexualpraktiken konfrontiert und für diese „geworben“ werden. Es handelt sich um nichts Anderes, als den Versuch, mit den Ängsten und Vorurteilen in der Gesellschaft zu spielen und so Stimmen für eine Partei zu gewinnen, die „Vielfalt“ propagiert, jedoch Vorurteile gegen Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen schürt.

Wir fordern die BIG-Partei auf:

- ✧ Die weitere Verbreitung des Flugblattes sofort einzustellen
- ✧ Sich von den verleumderischen Behauptungen darin öffentlich zu distanzieren
- ✧ Sich bei allen Eltern und dem Senat zu entschuldigen

Vielfalt reduziert sich bei uns nicht nur auf das Miteinander unterschiedlicher kultureller Gruppen, sondern bedeutet auch Respekt und Toleranz gegenüber alternativer Lebensentwürfe und -einstellungen.

Mit freundlichen Grüßen

Orkan Özdemir
Vorsitzender der AG Migration Thf-Sbg

Hermann Zeller
Vorsitzender der AG Lesben und Schwule Thf-Sbg

eMail: agmigration@spd-tempelhof-schoeneberg.de
schwusos.tempelberg@gmail.com



3. Presseartikel



Berlin, April 2010

AG Migration stellt sich neu auf

Auf ihrer Jahreshauptversammlung wählte die AG Migration einen neuen Vorstand. Vorsitzender wurde der 27-jährige Politikstudent Orkan Özdemir.

Als Stellvertreter wählte die Versammlung Marijke Höppner und Mario Schulz. Komplettiert wird der Vorstand durch die Schriftführerin Christine Poppelreuther.

Unter dem Leitsatz „Wir sind Tempelhof-Schöneberg“ möchte die AG Migration sich neu aufstellen.

Für den neuen Vorstand ist Migration kein Randthema, sondern vielmehr ein Querschnittsthema. Migration findet in jedem Lebensbereich statt. Das neue Team will Migrationsgrenzen überwinden und neue Integrationskonzepte beleuchten. Egal ob Arbeit, Sexualität oder Freizeit, in allen Bereichen gibt es Probleme, Homophobie, Ausgrenzung oder Diskriminierung.

Hier will der neue Vorstand ansetzen und mit Veranstaltungen und neuen Bündnissen mit anderen Aktiven innerhalb und außerhalb der Partei Vorurteile abbauen, Homophobie bekämpfen und Diskriminierung benennen.

Da es Aufgabe der AG Migration ist, eine Schnittstellenfunktion zu anderen politischen Akteuren zu bilden, soll die AG genau an diesem Punkt anknüpfen, d.h. die Probleme angehen und Chancen nutzen.

Hierzu ist die Öffnung der AG von größter Notwendigkeit; unter dem Motto „Alle sind willkommen“ sollen alle mitmachen können, die sich einbringen wollen.

Mit solidarischen Grüßen

Orkan Özdemir

Vorsitzender der AG Migration Thf-Sbg



Berlin, Juni 2010

Partizipations- und Integrationsgesetz

Am 9. Juni 2010 war es wieder soweit: Die AG Migration Tempelhof-Schöneberg ist mit Volldampf und frischen Wind in ihre zweite, sehr gute besuchte Sitzung seit den Neuwahlen Anfang Mai gestartet.

Um 19.30 Uhr wurde die Veranstaltung von dem Vorsitzenden Orkan Özdemir zum Thema Partizipations- und Integrationsgesetz eröffnet.

Mit von der Partei war Safer Cinar, Sprecher des TBB und Vorsitzender der AG Integrations- und Partizipationsgruppe, der sich erfreulicher Weise bereit erklärt hatte zu diesem Thema zu referieren. Nach einem exakt 20minütigen Vortrag Safer Cinars, in dem dieser sowohl eine kurze Einführung für die Idee dieses Gesetzes gab als auch die bisherige Vorgehensweise und die vorläufigen Ergebnisse zum Gesetzesentwurf erläuterte und darstellte, läutete Orkan Özdemir die Frage- und Diskussionsrunde ein.

Die 25 anwesenden Interessierten fragten und diskutierten freudig, u.a. an welchen Merkmalen der Migrationshintergrund festgemacht wird. Safer Cinar stellte sich jeder Debatte und Frage und beantwortete diese mit einer Engelsgeduld.

Nach mehr als anderthalb Stunden verabschiedete Orkan Özdemir und mit ihm die AG Migration Tempelhof-Schöneberg Safer Cinar mit dem Fazit, dass wir die richtige Richtung eingeschlagen haben!

In diesem Sinne erwarten wir mit großer Spannung und Vorfreude das erarbeitete Eckpapier des Senats, das Mitte nächster Woche der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll...

Mit solidarischen Grüßen

Orkan Özdemir

Vorsitzender der AG Migration Thf-Sbg



Berlin, Juli 2010

GLADT e.V. informiert über doppelte Diskriminierung

Homophobie unter Migranten und Migrantinnen ist ein aktuelles Thema im Bezirk Tempelhof-Schöneberg. Zum einen wird immer wieder von „Überfällen von Migranten auf Homosexuelle“ im Bezirk berichtet. Zum anderen sind gerade homosexuelle Migranten und Migrantinnen von Diskriminierung und Ausgrenzung betroffen.

Aus diesem Anlass trafen sich GenossInnen der AG Migration Tempelhof-Schöneberg und den Schwusos zu einem Gedankenaustausch mit Vertretern des Vereins GLADT e.V.

Der Name GLADT steht für Gays & Lesbians aus der Türkei. Die Gruppe hat sich 1997 in Schöneberg gegründet und fungiert seit 2003 als Verein. Aktuell zählt der Verein rund 100 Mitglieder. Das Angebot richtete sich ursprünglich vor allem an türkeistämmige Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle und Transgender (LSBTT) – mittlerweile nehmen jedoch auch viele andere an den angebotenen Aktivitäten teil. Neben der Erstberatung zu Fragen wie Coming-Out, Familie, AusländerInnenrechte und Lebenspartnerschaftsrechte, Gesundheit, Gewalt und Diskriminierung, entwickelte der Verein ein Konzept zur emanzipatorischen Jungenarbeit für Schulen und Jugendeinrichtungen. Weiterhin gibt es Beratungsangebote für Eltern sowie die Kooperation MultiplikatorInnen im Bereich der Elternarbeit und generationsübergreifenden Antidiskriminierungsarbeit. Zudem engagiert sich GLADT e.V. auf unterschiedlichen Ebenen gegen Rassismus, Sexismus, Trans- und Homophobie.

Gleich zu Beginn der Veranstaltung machte Koray Yilmaz-Günay, Sprecher des Vereins GLADT, klar, dass die Wortwahl „Homosexuelle“ eigentlich zu kurz greift. GLADT verwendet stattdessen den englischen Begriff „Queer“, da dieser neben Schwulen und Lesben auch Bisexuelle, Intersexuelle und Transgender mit einbezieht, die ebenso von Diskriminierung betroffen sind.

Neben einer Vorstellung der Vereinstätigkeiten erörterte Yilmaz-Günay vor allem das Phänomen der Mehrfachdiskriminierung, dem homosexuelle Migrantinnen und Migranten häufig unterliegen. Die Ursachen dafür sind seiner Meinung nach vor allem in unflexiblen Wert- und Normenvorstellungen der beteiligten gesellschaftlichen Gruppen zu finden. Hier setzt der Verein mit seinen unterschiedlichen Angeboten im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit an. In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass Gruppenzugehörigkeiten im Alltag oft zu holzschnittartig vorgenommen werden und individuelle Vielfalt ausblenden. So sagt z.B. die Zuordnung zur Gruppe der Migranten und/oder zur Gruppe der Homosexuellen nichts über bestimmte Meinungen oder Einstellungen des Einzelnen aus.

Das Thema Homophobie unter Migrantinnen und Migranten hat in der Arbeit der AG Migration einen hohen Stellenwert. Der Informationsabend bildete daher den zweiten Teil einer Veranstaltungsreihe zum Thema Migration und Homosexualität. Vorausgegangen war ein durch

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Arbeitsgemeinschaft Migration Tempelhof-Schöneberg

Marijke Höppner, Sprecherin für Integrationspolitik, initiiertes Besuch von MILES – Zentrum für Migranten, Lesben und Schwule des LSVD.

Informationen zum Verein finden Sie auf der Homepage: <http://www.gladt.de>



Berlin, September 2010

EU-Beitritt der Türkei – Der ewige Kandidat?

Am 8. September 2010 lud die AG Migration in Tempelhof Schöneberg zu einer Informationsveranstaltung mit dem Schwerpunkt „EU-Beitritt der Türkei - Aktueller Stand und Perspektiven“ ein.

Der Einladung folgten gut 30 Teilnehmer aus verschiedenen Teilen Berlins. Das rege Interesse unterstreicht die Bedeutung des Themas EU-Beitritt der Türkei, das nicht zuletzt durch die Diskussion rund um die Thesen von Thilo Sarrazin wieder an Aktualität gewonnen hat.

Eingeladen war auch der Verein Berliner Sozialdemokraten (BSD), der unter dem Dachverband der Türkischen Gemeinde Deutschland (TGD) beherbergt ist, welche eine der ersten Organisationen türkischer Arbeitsimmigranten in Deutschland darstellt. Der Verein der Berliner Sozialdemokraten ist nicht parteigebunden, arbeitet aber eng mit sozialdemokratischen Parteien im In –und Ausland, Organisationen und Vereinen zusammen.

Als Referent konnte aus dem Willy Brandt Haus Thomas Vaupel gewonnen werden. Im Referat Internationale Politik ist er dort u.a. für die Beziehungen zur Türkei zuständig. Darüber hinaus leitet er das Referat „Neue Inländer“, deren Aufgabe in der Zielgruppenkommunikation von Menschen mit Migrationshintergrund liegt.

Der Komplexität des Themas Rechnung tragend betrachtete Thomas Vaupel die Fragestellung aus mehreren Perspektiven. So skizzierte er die innenpolitische Situation in der Türkei im Bezug auf den EU-Beitritt des Landes, stellte dann die außenpolitische Strategie der Türkei vor und zeigte abschließend die Rahmenbedingungen eines EU-Beitritts der Türkei auf.

Laut Vaupel habe die Türkei in den vergangenen Jahren einen enormen Demokratisierungsprozess vollzogen. Die Regierung unter Recep Tayyip Erdoğan mit seiner Partei Adalet ve Kalkınma Partisi, AKP (Deutsch: Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) habe viele Reformen auch im Hinblick auf einen EU-Beitritt umgesetzt. Eine Wegmarke für die Entwicklung des Landes sei die am 12. September durch ein Referendum angenommene neue Verfassung. Vor allem die Frage, ob mit der Verfassungsreform der Schritt hin zu einer weiteren „Demokratisierung“ oder zu einer „Islamisierung“ gegangen wird, prägte laut Vaupel die parteipolitische Auseinandersetzung der letzten Monate. Während die AKP die Einschränkung der Rechte des Militärs und die Erschwerung von Parteienverboten herausstreichte, kritisiere die Opposition, allen voran die Schwesterpartei der SPD in der Türkei, die Cumhuriyet Halk Partisi (Republikanische Volkspartei, CHP), die Neuordnung der Justiz. Sie befürchte, dass die islamische Regierungspartei AKP künftig die Gerichte stärker kontrollieren wolle.

Neben der innenpolitischen Diskussion sei für die Frage nach einem EU-Beitritt nach Ansicht von Vaupel auch die außenpolitische Orientierung der Türkei wichtig. Mit dem Konzept der „strategischen Tiefe“ versuche die türkische Außenpolitik eine Neubestimmung, sowohl im Hinblick auf das Verhältnis zu den Nachbarstaaten als auch in Bezug auf die eigene Verortung auf der weltpolitischen Landkarte.

In dem Verhältnis zu den Nachbarstaaten verfolge die türkische Außenpolitik eine „Null-Problem-Politik“. An Grenzen stoße diese jedoch u.a. im Verhältnis zu Israel und dem noch ungelösten Zypern-Konflikt.

Neben den bilateralen Beziehungen zu ihren Nachbarn kommt der Türkei nach Ansicht von Vaupel aufgrund der geopolitischen Lage eine zunehmend wichtige Rolle zu. Die Türkei verstehe sich nicht länger als Randregion des Westens, sondern als Zentrum eines eurasischen Gebietes. Aus dem neuen Verständnis erwachsen neue Interessen und Aufgaben, welche auch Einfluss auf einen EU-Beitritt des Landes hätten.

Bei der abschließenden Betrachtung der Rahmenbedingungen für einen EU-Beitritt ging der Referent vor allem auf die unterschiedlichen Interessen ausgewählter EU-Staaten ein. Während z.B. Frankreich unter Sarkozy einem EU-Beitritt kritisch gegenüber stehe, sei der neue britische Premierminister David Cameron ein Befürworter eines EU-Beitritts der Türkei. In Deutschland sei die Diskussion durch das von Angela Merkel (CDU) favorisierten Konzepts einer „privilegierten Partnerschaft“ und dem Festhalten des im Jahr 2005 eröffneten Beitrittsverfahrens mit einer „echten Beitrittsperspektive“ geprägt.

In der anschließenden Diskussion wurde schnell deutlich, dass derzeit eine einheitliche Meinung in Bezug auf einen Beitritt weder in der Türkei noch in der EU besteht. Auf beiden Seiten werden die Fragen, ob die Türkei in die EU „soll“ oder „will“, durchaus kontrovers diskutiert. Fern ab von tagespolitischen Erwägungen ist aber festzustellen, dass sich zunehmend eine pragmatische Sichtweise auf die komplexe Fragestellung eines EU-Beitritts durchsetzt, die eine sachlichere Diskussion über Vor- und Nachteile eines Beitritts zulässt.

Laut Vaupel begleite die SPD den Prozess eines EU-Beitritts weiterhin positiv. Dank des neuen CHP-Vorsitzenden Kemal Kılıçdaroğlu verbessere sich das Verhältnis zur Schwesterpartei zunehmend, was den Gestaltungsradius weiter erhöhe. So besuchte der neue Vorsitzende am 20. September Berlin. Ein Gegenbesuch von Sigmar Gabriel sei ebenfalls angedacht.

Mit der Veranstaltung hat die AG Migration ein neues Themenfeld eröffnet: Es zeigt sich, dass Fragen von Migration und Integration nicht nur innerdeutsche Probleme sind. Sie können nicht losgelöst betrachtet werden, sondern sind eng vernetzt mit den internationalen bzw. europäischen Fragestellungen. In Zukunft sind daher weitere Veranstaltungen zu Migrationsthemen mit internationalem Schwerpunkt, wie z.B. die in Europa, geplant, zu denen die AG alle Interessierten gerne einlädt.



Berlin, Oktober 2010

„Kultur statt Rasse“

Im Oktober lud die AG Migration Tempelhof-Schöneberg zu einer Diskussionsveranstaltung zum Thema: „Kultur statt „Rasse“: Neorassistische Debatten um Islam und Muslime“ ein. Als Expertin konnte die Islamophobieforscherin Yasemin Shooman vom Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin gewonnen werden.

Die Referentin ging in Ihrem Vortrag sowohl auf die aktuelle Diskussion in Deutschland als auch in anderen europäischen Ländern ein. Anhand konkreter Beispiele argumentierte sie, dass die Thesen von Sarrazin zur Integrationsunwilligkeit und -fähigkeit von Muslimen nicht nur falsch, sondern auch als rassistisch einzustufen seien.

Shooman verwies darauf, dass die sachliche Unrichtigkeit von Sarrazins Thesen bereits in zahlreichen kritischen Reaktionen nachgewiesen worden sei. Die Schwierigkeit der Widerlegung liege jedoch vor allem in der Scheinseriosität der Argumentation. So wird mit volkswirtschaftlichen Daten eine vordergründige Glaubwürdigkeit erzeugt, die erst durch eine differenziertere Auseinandersetzung zu enttarnen sei.

Als rassistisch einzustufen seien die Thesen, wenn die Kultur von Moslems mit angeborenen Eigenschaften verknüpft würden. Nach Shooman handele es sich hierbei um eine Form des Kulturrassismus, der kulturelle Gewohnheiten naturalisiert. Als Folge habe der Einzelne keine Möglichkeit mehr, den zugeschriebenen Eigenschaften einer Gruppe, der er angehört, zu entkommen. Dies sei jedoch nicht nur ein deutsches Problem, sondern auch in anderen Ländern zu beobachten.

Egal ob Schweizer Minarett-Verbot, Burka-Verbote in Frankreich oder die Diskussion um die Gleichberechtigung der Christen in der Türkei: Shooman weist nach, dass der Begriff „Kultur“ häufig nicht nur falsch verstanden wird, sondern, wenn die Ausgrenzung bestimmter Gruppen organisiert werden soll, auch als Waffe eingesetzt wird. „Wer hat sich denn in der Vergangenheit darüber beklagt, dass seine Putzfrau ein Kopftuch trägt?“, fragt Shooman treffend. Solange die Kopftuchträgerin ihre Arbeit verrichtet habe, die kein „Deutscher“ habe machen wollen, sei ihre Kleidung nicht kritisiert worden. Jetzt aber, wo Frauen mit Kopftuch auch an die Universität gehen und z.B. Lehrerin an einer staatlichen Schule werden wollen, werde plötzlich mit der Wahrung einer christlich-jüdischen Tradition argumentiert.

In der anschließenden Diskussion wurde mit Blick auf die deutsche Geschichte darauf verwiesen, dass bei der Verfolgung der Juden, Sinti und Roma mit dem Verweis auf ihre Nichtzugehörigkeit zur deutschen „Rasse“ und „Kultur“ ähnliche Mechanismen zu beobachten gewesen seien. Die bekannten Folgen führen vor Augen, was passieren kann, wenn eine Gesellschaft einer scheinheiligen, rassistischen Argumentation keinen Widerstand entgegensetzt.

Mit der Veranstaltung konnte die AG Migration zeigen, dass es richtig und notwendig ist, die Debatte um Sarrazin nicht den „Stammtischen“ zu überlassen, sondern eine fundierte Diskussion zu suchen und dann eine klare Position zu beziehen: Zuschreibungen von bestimmten Charaktereigenschaften oder Verhaltensweisen auf Basis einer ethnischen Zugehörigkeit sind eine Form von Rassismus. Die Übertragung dieser angeblichen Gruppeneigenschaften auf Individuen führt zu Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung. Versuche der Rechtfertigung und der Verharmlosung sind daher als solche zu demaskieren. Letztendlich muss eine Partei, die sich der sozialen Gerechtigkeit verschrieben hat, sich immer wieder fragen, ob ihre Ideale exklusiv sind oder aber für alle Menschen gelten.



Berlin, Februar 2011

Integrationsarbeit im Bezirk: Aus Erfahrungen lernen

Im Vorbereitung auf den bevorstehenden Wahlkampf lud die AG Migration Tempelhof-Schöneberg zu einer Diskussionsveranstaltung mit dem Bezirksbürgermeister Ekkehard Band (SPD), der Bezirksstadträtin für Familie, Jugend, Sport und Quartiersmanagement Angelika Schöttler (SPD) und der Integrationsbeauftragten des Bezirks Gabriele Gün Tank zum Thema: „Integrationspolitik in Tempelhof-Schöneberg“ ein.

Gemeinsam mit Vertretern und Organisationen aus dem Feld der Integrationsarbeit konnten wichtige integrationspolitische Impulse für das aktuelle SPD-Wahlprogramm in Tempelhof-Schöneberg erarbeitet werden.

Zu Beginn der Veranstaltung informierte Gabriele Gün Tank über die bisherige Integrationsarbeit im Bezirk und über die Arbeit der Integrationsbeauftragten. In dem Vortrag wurde deutlich, dass sich die Situation in den vergangenen Jahren in vielen Bereichen zum Teil deutlich verbessert hat. So konnte z.B. der Anteil von Auszubildenden im Bezirksamt von 0 Prozent im Jahr 2006 auf aktuell 30 Prozent gesteigert werden.

Dass sich das Engagement lohnt, zeigte im Anschluss auch der Bezirksbürgermeister Ekkehard Band (SPD). Er stellte das Projekt „Straße mit Dach“ aus dem Schöneberger Norden vor, welches gemeinsam mit dem Bezirksamt, Streetworkern vom Verein Gangway und der Polizei ins Leben gerufen wurde. „Straße mit Dach“ ist in erster Linie eine Anlaufstelle für Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren aus dem Kiez, wo sie neben einem Freizeitangebot auch Unterstützung in allen Lebenslagen finden. In der Vergangenheit fanden von den Jugendlichen selbst organisierte Straßenfeste statt, die das Verhältnis von Anwohnern und Jugendlichen im Kiez verbesserten. So sind die Beschwerden von Anwohnern bei der Polizei kontinuierlich zurückgegangen.

Was passiert, wenn Probleme nicht rechtzeitig angegangen werden, beschrieb Angelika Schöttler aus ihrer Perspektive als Bezirksstadträtin. Zwar sei in den „vergangenen Jahren viel erreicht worden, jedoch bleibt auch für die Zukunft noch viel zu tun“. Vor allem das Quartiersmanagement hat sich bewährt, da es die Menschen in den Kiezen wieder zusammenbringt. Im Rückblick wurde deutlich, dass eine Institution allein nicht in der Lage ist, die Integrationsprobleme alleine zu lösen. Vielmehr bedarf es einem funktionierenden Netz zwischen Quartiersmanagement, Schulen, Vereinen und Freizeiteinrichtungen, wie die Initiative „Straße mit Dach“ zeigt. Gerade auch im Hinblick auf die weitere Entwicklung sei es nach Ansicht von Schöttler wichtig, dass „ressortübergreifender gedacht und Zielgruppen aktiver angesprochen werden“. Diesen Anspruch gilt es in der nächsten Legislaturperiode umzusetzen.

Christine Poppelreuther
Für die AG Migration Tempelhof-Schöneberg



Berlin, März 2011

Auch Sinti und Roma gehören zu Deutschland

In den vergangenen Wochen konnte wieder einmal auf der politischen Bühne beobachtet werden, wie einzelnen Volksgruppen oder Religionsgemeinschaften die Zugehörigkeit zu Deutschland ab- oder zugesprochen wurde. Ob eine Gruppe oder Religion zu Deutschland gehöre, hänge nach Ansicht des neuen Innenministers Hans-Peter Friedrich (CSU) davon ab, ob sich diese anhand von historischen Tatsachen belegen ließe.

Eine Gruppe, die bereits seit über 600 Jahren in Deutschland ansässig ist und dementsprechend auch historisch belegbare Einflüsse auf die „deutsche Kultur“ hinterlassen hat, wird die „Zugehörigkeit zu Deutschland“ jedoch immer noch nicht selbstverständlich zugebilligt: Den Sinti und Roma.

Diese Diskrepanz nahm die AG Migration Tempelhof-Schöneberg zum Anlass, sich mit der aktuellen Situation von Roma in Deutschland auseinanderzusetzen. Darüber hinaus wurde auch die Lage der Roma beleuchtet, die vorwiegend aus Südost- und Ostmitteleuropa nach Berlin kommen.

Als ReferentInnen konnten Frau Prof. Dr. Helgard Kramer-Washington von der FU-Berlin, die sich u.a. mit der Situation von Roma in der NS-Zeit beschäftigt, und der Bundesvorsitzende des Vereins Amaro Drom e.V., Hamze Bytyci, gewonnen werden.

Frau Prof. Kramer-Washington ging in ihrem Vortrag auf die lange Tradition der Stereotype gegenüber Roma in Deutschland ein. Vorurteile wie „Zigeuner stehlen, arbeiten nicht und sind sexuell freizügig“ lassen sich bis in das 15. Jahrhundert zurückverfolgen. In der NS-Zeit wurden diese dann rassistisch aufgeladen mit der Konsequenz, dass Roma im gleichen Ausmaß wie Juden verfolgt und in Konzentrationslager deportiert wurden. Im Nachkriegsdeutschland mussten Roma lange um die Anerkennung als Opfer der NS-Diktatur kämpfen. Auch heute noch sind Roma zum Teil mit ähnlichen Vorurteilen wie vor 600 Jahren konfrontiert.

Mit Blick auf die aktuelle Integrationsdebatte stellt sich die Frage, wie lang es braucht und was an historischen Tatsachen notwendig ist, um zu „Deutschland“ zu gehören.

Hamze Bytyci beschrieb demgegenüber die Situation der Roma aus Südost- und Ostmitteleuropa in Berlin. Deren Lage sei nach seiner Ansicht verheerend, da sie kaum Unterstützung von Seiten deutscher Behörden erhalten.

Nur in diesem politischen Vakuum sei es möglich, so Bytyci, dass der Berliner Senat 2010 ohne größeren öffentlichen Widerstand diese EU-Bürger mit „Abschiebegeld“ zur Ausreise drängen konnte, um sich auf diese Weise der „Bettel-Roma“ (BZ und Tagesspiegel 2009) zu entledigen.

Diese Praxis verstoße, nach Ansicht von Bytyci, nicht nur gegen das Prinzip der Freizügigkeit in der EU, sondern sei auch kurzfristig gedacht, da die Erfahrung zeige, dass sich das Problem in diesem Jahr erneut stellen werde.

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass für eine Verbesserung der Situation von Roma aus den neuen EU-Mitgliedstaaten langfristige Lösungen entwickelt werden müssen. Neben konkreten Projekten für schulpflichtige Romakinder und der Vorhaltung von geeignetem Wohnraum sei es notwendig, dass auch ausreichend finanzielle Mittel zur Ausweitung von Beratungsangeboten und Jugendarbeit zur Verfügung stehen.



Berlin, Juli 2011

30 Jahre KIDÖB

Treffpunkt, Beratung und Kurse für Frauen aus aller Welt

Der Treffpunkt wurde im Mai 1981 als eine Einrichtung des Nachbarschaftsheim Schönebergs e.V. eröffnet. In der Presseerklärung von damals heißt es, das Nachbarschaftsheim Schöneberg „[...] versucht durch projektorientierte und sozialpädagogische Arbeit, die Bedürfnisse besonders von benachteiligten Bevölkerungsgruppen aufzugreifen und den Benachteiligungen entgegenzuwirken“. In die GSW Siedlung um den Grazer Platz herum zogen nach und nach viele sogenannte Gastarbeiterfamilien. Genau diese neuen Schönebergerinnen sollten einen Ort bekommen, wo sie bei Fragen, Problemen und Bedürfnissen hingehen können. Zielsetzung des Nachbarschaftsheims war, ist und bleibt der Abbau von Vorurteilen, Erlangung von mehr Selbstbewusstsein der Migrantinnen aus der Türkei und die Förderung von gleichberechtigten Kulturen. Für Frauen und Mädchen aus der Türkei war KIDÖB die einzige Anlaufstelle im südlichen Berlin.

Auch heute 30 Jahre danach besuchen Frauen im KIDÖB Deutsch-, Alphabetisierungs-, Gesundheits-, Sport- oder Nähkurse, spielen Saz oder nehmen an Gesprächskreisen und Informationsveranstaltungen teil. In den Gruppen erhalten die Teilnehmerinnen bspw. Informationen über das Leben in Berlin, Gesetzesänderungen, Bildungsreformen und berufliche Qualifizierungsmöglichkeiten. Während in den 80er Jahren vermehrt Frauen, die als Gastarbeiterinnen nach Berlin gekommen waren, das Stammpublikum bildeten, sind es heute eher nachgezogene Ehefrauen.

Längst sind es nicht nur Frauen aus der Türkei, die die Angebote wahrnehmen. „Vor allem in den Deutschkursen, die in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg durchgeführt werden, sind Frauen aus unterschiedlichen Ländern“, betont Gökçen Demiragli, Sozialarbeiterin im KIDÖB. „Dreimal in der Woche bieten wir Sozialberatung an. Unverändert ist seit einigen Jahren der Bedarf nach Beratung und Information zu Existenzsicherung nach Trennung, SGB II, Erziehung, Qualifizierung und Erwerb von Sprachkompetenz, Aufenthaltssicherung und Gesundheit“. Unterstützt wird die Beratungstätigkeit zweimal monatlich durch einen Rechtsanwalt, der auf Familien- und Ausländerrecht spezialisiert ist.

„Vor mehreren Jahren wurde die Hausaufgabenbetreuung in die feste Finanzierung durch den Senat mit aufgenommen“, fährt Gökçen Demiragli fort. „Seitdem erhalten Mädchen an drei Nachmittagen in der Woche Unterstützung durch Studentinnen und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen bei ihren täglich anfallenden Schulaufgaben“. Der Bereich Schularbeitshilfe wurde im Jahre 2010 durch eine Kooperation mit der Luise-und-Wilhelm -Teske-Oberschule weiter ausgebaut. Die Hausaufgabenbetreuung findet hier direkt an der Schule an drei Nachmittagen statt und ist offen für alle SchülerInnen der Schule.

„Für unsere Arbeit ist eine politische und religiöse Neutralität wichtig. Das heißt, wir sind als Einrichtung parteipolitisch ungebunden und keiner religiösen Richtung zu- bzw. abgeneigt. Extreme Strömungen haben keinen Raum bei uns und so schaffen wir seit Jahren einen Ort für Frauen, wo sie sich gerne aufhalten, Informationen und Beratung bekommen“, betonen die beiden Sozialarbeiterinnen im KIDÖB.

KIDÖB wird von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen gefördert. Zwei Mitarbeiterinnen arbeiten in dem Friedenauer Treffpunkt, zusätzlich mehrere Honorarkräfte und Ehrenamtliche. Im Juni 2011 ist die Einrichtung umgezogen und befindet sich nun in der Rheinstraße 54 in Berlin-Friedenau.

Ich möchte Sie noch auf eine Diskussionsveranstaltung des Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V. am Mittwoch, den 7. September um 18:00 Uhr aufmerksam machen:

In einer moderierten Runde mit Kandidatinnen und Kandidaten aus dem Wahlkreis Friedenau, haben Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit, Fragen und politische Ziele unter anderem mit Dilek Kolat, MdA (SPD) zu diskutieren. Des Weiteren ist ein Besuch von Dilek Kolat im Jugendtreff VD13, welches zum Nachbarschaftsheim Schöneberg gehört, in Planung.

Orkan Özdemir



Berlin, Juli 2011

AG Migration Thf-Sbg & Angelika Schöttler on tour

Ob Integration gelingt oder nicht, hängt nicht zuletzt von der funktionierenden Zusammenarbeit zwischen den Vereinen und Organisationen und der Bezirksverwaltung ab. Oftmals sind Zuständigkeiten unklar oder existierende Angebote nicht bekannt, wodurch es den Betroffenen unnötig schwer gemacht wird.

Um den Dialog zwischen der Verwaltung und den Organisationen zu intensivieren, organisierte und initiierte die AG Migration in den vergangenen Wochen mehrere Besuche mit der Stadträtin für Familie, Jugend, Sport u. Quartiersmanagement in Tempelhof-Schöneberg und Bürgermeisterkandidatin Angelika Schöttler beim Jugendmigrationsdienst der Arbeiterwohlfahrt (AWO) und bei der Seniorenfreizeitstätte HUZUR. Beide Organisationen engagieren sich seit Jahren erfolgreich für die bessere Integration von Menschen mit Migrationshintergrund.

Der Jugendmigrationsdienst der AWO begleitet vorwiegend jugendliche MigrantInnen auf ihren ersten Schritten in der neuen Heimat. Mit Hilfe des Netzwerkes von Bezirksamt, Jobcenter und anderen Trägern können schnell passgenaue Angebote für jugendliche MigrantInnen unterbreitet werden.

Der Verein HUZUR e.V. setzt sich im Besonderen für die SeniorInnen mit Migrationshintergrund und deren Bedürfnisse im Alter ein. HUZUR ist eine Kooperation zwischen dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg und Esperanto-Aufsuchenden Hilfen e.V.. Ein besonderes Anliegen verband Angelika Schöttler mit dem Besuch bei HUZUR. Sie warb bei den anwesenden Gästen dafür, dass sie sich für die Wahl der Seniorenvertretung als Kandidaten aufstellen, damit die Interessen von MigrantInnen im Rentenalter auf Bezirksebene besser vertreten werden können. Bisher sind in dem Beratungsgremium keine MigrantInnen vertreten.

Orkan Özdemir
Vorsitzender AG Migration Thf-Sbg



Berlin, Oktober 2011

Berliner Migranten-Milieus

In den vergangenen Wochen und Monaten wurde in der Stadt und auch in der Berliner SPD wieder verstärkt über „Migranten“, „soziale Brennpunkte“ und „Ghettoisierungstendenzen“ diskutiert.

Dabei wurde - wie so oft - polemisiert anstatt argumentiert und auf pseudowissenschaftliche Erkenntnisse zurückgegriffen. Aber ein Blick in den eigenen Kiez zeigt, dass es die Welt von Rechtspopulisten so nur in ihrer menschenfeindlichen Fantasie gibt. Die Realität ist oft jedoch komplexer als es Statistiken abbilden könnten.

Menschen aus der ganzen Welt leben in dieser Stadt und zum Glück werden es wieder mehr. Die Motive der Wohnortwahl sind dabei äußerst vielschichtig. Tatsache ist, dass sie dort hinziehen, wo sie sich wohlfühlen, wo sie eine gute Infrastruktur vorfinden und auch wo sie es sich leisten können. Das führt dazu, dass Menschen mit einem hohen „Latte-Macchiato“-Verbrauch Mitte gentrifizieren und Architekten im Hansa-Viertel alle Wohnungen aufkaufen und es somit ghettoisieren. Und dazwischen gibt es Menschen, die einen Migrationsvordergrund haben. Sie heißen nicht Müller, Meier, Schulz, sehen auch nicht aus wie Pia, Paula oder Finn und sprechen oft - wie überraschend - mehr als eine Sprache.

Die Frage, warum jemand lieber in Kreuzberg anstatt in Dahlem wohnt und warum Neukölln bei türkischsprachigen aber auch bei „hippen“ Kreativen gerade beliebt sind, versuchen sogenannte Milieustudien zu beantworten. Diese betrachten die gesamte Lebenswelt von Menschen. Nicht die Herkunft, sondern deren Alltagswelt, welche durch Schule, Beruf, Freunde und Kiez geprägt ist, bestimmt primär deren Zugehörigkeit zu einer Gruppe bzw. Milieu.

Für Berlin liefern diese Studien interessante Ergebnisse:

- Demnach sind von den Berliner Migranten (23% der Gesamtbevölkerung): 7% religiös verwurzelt, 11% intellektuell-kosmopolitisch, 11% multikulturelle Performer, 12% Statusorientiert, 12% entwurzelt, 13% adaptiv bürgerlich, 14% traditionelle Arbeiter und 21% hedonistisch-subkulturell.
- Entscheidend für unterschiedliche Wohnbedürfnisse oder die Integrationsbereitschaft ist nicht vorrangig der ethnisch-kulturelle Hintergrund der Migranten, sondern ihre lebensweltliche Einstellung. Das bedeutet, dass z. B. in Schöneberg und Charlottenburg mehr bürgerlich orientierte Migranten leben (23%) als in anderen Stadtteilen.
- Es findet eine Angleichung der Migranten-Milieus zu den gesamten Berliner Milieus statt.

Anstatt also den Wahnvorstellungen von Thilo & Co nachzuhängen, lohnt sich der Blick auf die Ergebnisse der Milieustudie. Die Erkenntnisse sind gerade für das Quartiersmanagement interessant, da sie ein differenziertes und ein realitätsnahes Bild von den Lebensumständen in der Stadt abbilden, auf deren Basis dann konkrete Maßnahmen zum Gegensteuern getroffen werden

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Arbeitsgemeinschaft Migration Tempelhof-Schöneberg

können. Nähere Informationen finden Sie hierzu u.a. auf den Seiten des „vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.“: www.vhw.de



Berlin, Oktober 2011

Frau Dr. Pawlowa putzt in Deutschland

Über Menschen, die ihre Ausbildung im Ausland abgeschlossen haben und hier nicht in ihrem Beruf arbeiten dürfen

Krankenschwestern, die als Putzhilfe arbeiten, Ingenieure als Taxifahrer, Lehrerinnen, die zwar eine Stelle an einer Schule haben – aber nur als Betreuerin, also entsprechend schlechter bezahlt. Musa Özdemir kennt viele Beispiele für sehr gut ausgebildete Menschen mit langer Berufserfahrung, die hierzulande keine ihrem Berufsabschluss entsprechende Arbeit finden. Grund: Sie haben ihre Ausbildung im Ausland abgeschlossen.

Musa Özdemir ist Lehrer an einer Oberschule und als GEW-Vorsitzender in Kreuzberg mit vielen dieser Fälle befasst. „Seit Jahren fordern wir, endlich die hohe Qualifikation der Zuzügler anzuerkennen. Frau Schavan (Bundesbildungsministerin, CDU) hat im März endlich einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht – aber welcher Verwaltungsangestellte kann über 230 Seiten Paragrafen, Ausnahmen, Einschränkungen und Sonderregeln im Kopf haben?“

Zwar gibt es auch jetzt schon die Möglichkeit, z.B. bei gleicher Arbeit gleiche Entlohnung einzuklagen. Aber: „Die Menschen haben Angst. Vor dem Chef, Behörden oder Gerichten. Viele kommen aus autoritären Regimen, wo bei einem falschen Wort die Polizei vor der Tür steht.“

„Wir brauchen zentrale Anlaufstellen und Anerkennungsstellen, die mit Fachleuten besetzt sind - und vor allem das Recht auf Anpassungsfortbildungen.“

Dass es auch heute schon ohne Gesetz geht, zeigt der Ärztemangel: Kann die Stelle eines Amts- oder Betriebsarztes nicht besetzt werden, weil deutsche Ärzte nicht dazu bereit sind, geht der Job an Migranten – natürlich schlechter bezahlt.

Um endlich zu praktischen Lösungen zu kommen, hat Swen Schulz, SPD-Bundestagsabgeordneter aus Berlin-Spandau, in einem Gesetzentwurf konkrete Vorschläge gemacht; bei Interesse nachzulesen unter:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,57526,00.pdf

Außerdem plant die Arbeitsgemeinschaft Migration der SPD aus Tempelhof-Schöneberg eine Postkartenaktion. Dazu mehr in der nächsten Ausgabe von TS-aktuell!



Berlin, November 2011

Anerkennung ausländischer Abschlüsse: Kein Kuschelkurs Bahn frei für die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse?

Anfang November wurde im Bundestag das Gesetz zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen beschlossen. MigrantInnen haben künftig einen Anspruch auf die individuelle Prüfung ihrer im Ausland erworbenen Abschlüsse, allerdings wirft das Gesetz, das voraussichtlich im März 2012 in Kraft tritt, noch Fragen auf.

Swen Schulz, MdB, erklärt bei der Podiumsdiskussion der AG-Migration Tempelhof-Schöneberg, dass das Bundesgesetz nur für Ausbildungsberufe und Berufe im medizinischen Bereich geltend ist. Die meisten akademischen Berufe sind aber Ländersache und fallen daher nicht unter die Ordnungshoheit des hiesigen Gesetzes. Zwar sind die Länder angehalten eine Regelung zur Anerkennung von Hochschulabschlüssen zu erarbeiten, nicht aber gesetzlich dazu verpflichtet.

Schulz fordert daher eine Standardisierung der Anerkennung auf Länderebene und die Lösung der Kostenfrage bei Antragstellung, da sonst nicht nur das bisherige Durcheinander bei den Anerkennungsverfahren weiterginge, sondern auch Beratungsgebühren zu sozialen Hürden würden. Er kritisiert weiter, dass dieses Gesetz auf Druck der Wirtschaft geschrieben worden sei. „Es ging nie um die Rechte der Betroffenen“, so der Bundestagsabgeordnete.

Kritik gibt es auch von Gewerkschafter Musa Özdemir. Der Vorsitzende der GEW-Kreuzberg beklagt, dass für viele MigrantInnen, die bereits seit Jahren nicht in ihren Berufen arbeiten konnten, das Gesetz viel zu spät komme. Außerdem bemängelt er eine fehlende „Anerkennungskultur“ in der deutschen Gesellschaft. „Das Gesetz ist nur auf Drängen der Gewerkschaften und aufgrund von EU-Richtlinien entstanden“, so Özdemir.

Das neue sog. Anerkennungsgesetz birgt noch viele Hürden und Lücken. In erster Linie müssen die Anerkennungsprozesse zuerst auf Landes-, dann auf Bundesebene standardisiert werden. Der Vorsitzende der AG-Migration, Orkan Özdemir, fordert deshalb eine Initiative der Berliner SPD, um die Verfahren in den Bundesländern zu koordinieren und will sich weiterhin für die Gleichstellung der beruflichen Qualifikation von Zuwanderern einsetzen. Özdemir ginge es, anders als im Gesetzestext formuliert, nicht nur um die „effektivere Nutzung der im Ausland erworbenen Qualifikationen für den deutschen Arbeitsmarkt“, sondern auch um „Würdigung von Lebensleistung und soziale Chancengleichheit“.

Christine Poppelreuther
Für die AG Migration Thf-Sbg



4. Anträge



Antrag zum PartIntGe (Partizipations- und Integrationsgesetz)

AntragstellerInnen: Orkan Özdemir, Mario Schulz, Antje Schwarzer.

Die AG Migration Tempelhof-Schöneberg möge beschließen:

Die KDV möge beschließen:

Der LPT möge beschließen:

Ausweitung der Begrifflichkeit von „Menschen mit Migrationshintergrund“ auch auf MigrantInnen der dritten Generation

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senates und des Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, den in § 2 des Gesetzentwurfes bzw. des Eckpunktepapiers zum Partizipations- und Integrationsgesetz die verwendete Begriffsbestimmung „Menschen mit Migrationshintergrund“ wie folgt zu ändern:

Als Menschen mit Migrationshintergrund sollen gelten:

1. Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes sind,
2. im Ausland geborene und seit dem 1. Januar 1956 nach Deutschland ein- und zugewanderte Personen und
3. Personen, die eingebürgert wurden
4. Personen, bei denen mindestens ein Eltern- oder Großelternanteil die Kriterien der Nummern 1, 2 oder 3 erfüllt.

Begründung:

Die Definition des Eckpunktepapiers orientiert sich an der Definition des deutschen Mikrozensus. Die Erfahrung in Berlin zeigt aber, dass damit eine wesentliche Zielgruppe des Berliner Integrations- und Partizipationsgesetzes, die ZuwanderInnen der dritten Generation, nicht erfasst werden. Viele Förderprogramme des Senats zielen auf die hier ausgeklammerte Gruppe und ihre strukturelle Benachteiligung. Ein Partizipations- und Integrationsgesetz muss Rechtssicherheit für die Erfassung der betroffenen, benachteiligten Gruppe schaffen, um wirksam zu sein.

Berlin, September 2010



Antrag zum PartIntGe (Partizipations- und Integrationsgesetz)

AntragstellerInnen: Orkan Özdemir, Mario Schulz, Antje Schwarzer.

Die AG Migration Tempelhof-Schöneberg möge beschließen:

Die KDV möge beschließen:

Der LPT möge beschließen:

Einführung eines freiwilligen Verfahrens zur Erfassung von Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung und landeseigenen Betrieben

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senates und des Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, ein Verfahren zu entwickeln und einzuführen, das es ermöglicht, den Migrationshintergrund von Beschäftigten in den Verwaltungen und den landeseigenen Betrieben auf Basis einer freiwilligen Angabe über ihren Migrationshintergrund zu erfassen. Aus datenschutzrechtlichen Gründen soll diese Angabe freiwillig sein.

Begründung:

Zur Umsetzung der gleichstellungspolitischen Ziele des PartIntG ist es wichtig, ein Verfahren zur Erfassung des Migrationshintergrunds der Angestellten in den Berliner Verwaltungen zu entwickeln, das den datenschutzrechtlichen Anforderungen entspricht und die Zustimmung der Betroffenen findet. Bislang gibt es kein verlässliches Datenmaterial in der Berliner Verwaltung, welches dieses Merkmal erfasst. Eine Datenerhebung zu diesem Merkmal ist aber notwendig, damit die strukturell diskriminierte Zielgruppe der MigrantInnen in Berlin gezielt für den öffentlichen Dienst in den Berliner Verwaltungen und landeseigenen Betrieben angesprochen werden kann und Zielvorgaben z.B. über den zu erhöhenden Prozentsatz der Angestellten mit Migrationshintergrund, definiert werden können.

Berlin, September 2010



Antrag zum PartIntGe (Partizipations- und Integrationsgesetz)

AntragstellerInnen: Orkan Özdemir, Mario Schulz, Antje Schwarzer

Die AG Migration Tempelhof-Schöneberg möge beschließen:

Die KDV möge beschließen:

Der LPT möge beschließen:

Festschreibung eines begleitenden Controllings bei der Umsetzung des Partizipations- und Integrationsgesetzes im Gesetz

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senates und des Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, das Partizipations- und Integrationsgesetz (PartIntGe) um einen Passus zu ergänzen, der die Vorgaben für ein begleitendes Monitoring bei der Umsetzung beinhaltet.

Darüber hinaus soll eine erste verpflichtende Evaluation der Wirksamkeit des Gesetzes mit Angabe eines genauen Zeitrahmens festgelegt werden. Die verpflichtende Evaluation ist durchzuführen von der zuständigen Senatsverwaltung. Sie soll nicht mehr als 3 Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes als Bericht vorliegen. Die Ergebnisse dieser Evaluation sind dem Abgeordnetenhaus vorzulegen und sollen gegebenenfalls zu einer Überprüfung des Gesetzes führen.

Begründung:

Um sicherzustellen, dass das PartIntGe tatsächlich zu einer besseren gesellschaftlichen, beruflichen und politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund führt, ist eine fachliche Begleitung der Institutionen notwendig, die die Umsetzung zu leisten haben. Die zuständige Senatsverwaltung muss für diesen Prozess ein Monitoring anbieten.

Um die Auswirkungen des Gesetzes prüfen zu können und gegebenenfalls einzelne Elemente zu korrigieren, ist eine Evaluation dieser Auswirkungen notwendig. Denn nur wenn sich in der praktischen Umsetzung Erfolge zeigen, wird eine bessere gesellschaftliche Integration möglich, von der alle profitieren können. Der politische Wille, ein solches Gesetz zu verabschieden, muss deshalb um die Kontrolle einer verbindlichen Evaluation zu einem vorher definierten Zeitpunkt ergänzt werden.

Berlin, September 2010



Antrag zum PartIntGe (Partizipations- und Integrationsgesetz)

AntragstellerInnen: Orkan Özdemir, Mario Schulz, Antje Schwarzer

Die AG Migration Tempelhof-Schöneberg möge beschließen:

Die KDV möge beschließen:

Der LPT möge beschließen:

Wahrung der selbstbestimmten Ausschussbildung der BVV

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senates und des Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, im Integrations- und Partizipationsgesetz den Artikel VIII, Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes, zu ändern, um der BVV weiterhin die Möglichkeit zu geben, die Anzahl und den Zuschnitt ihrer Ausschüsse selbst zu bestimmen. Außerdem soll eine Liste der Verbände und Vereine vom Bezirksamt geführt werden, aus denen KandidatInnen für die Bürgerdeputierten vorgeschlagen werden.

Begründung

Die AG Migration in Tempelhof-Schöneberg begrüßt die Absicht des PartIntGe, mit Artikel VIII die politischen Partizipationsmöglichkeiten von MigrantInnen mit oder ohne deutschen Pass. Trotzdem sehen wir in einer Rechtsvorschrift, die der BVV der Bezirke einen Integrationsausschuss zwingend vorschreibt, einen unzulässigen und unverhältnismäßigen Eingriff in die Selbstorganisation der demokratisch gewählten Bezirksparlamente. Ein Vergleich mit der Sonderregelung des Jugendhilfeausschusses ist nicht statthaft, weil dieser auf der Basis eines Bundesgesetzes seinen Sonderstatus erhält.

Die genannte Liste der Vereine und Verbände, die sich mit Fragen der Migration befassen, soll auf Bezirksebene geführt werden, um die lokale Anbindung der KandidatInnen für die Bürgerdeputierten zu unterstreichen. Eine eigene Landesliste des Senats von Berlin ist davon unberührt.

Berlin, September 2010



Antrag zur Kreiszeitung Tempelhof-Schöneberg: Einführung einer türkischen Seite

Der Kreisvorstand der SPD Tempelhof-Schöneberg möge beschließen:

Der Kreisvorstand der SPD Tempelhof-Schöneberg wird aufgefordert, in das Konzept für die geplante öffentliche Zeitung der SPD Überlegungen einfließen zu lassen, die auf Interkulturalität des Bezirks Rücksicht nimmt. Insbesondere soll bei den Beiträgen nicht nur auf Bürger/Innen/freundlichkeit der deutschen Sprache geachtet werden, sondern auch diskutiert werden, ob Beiträge in anderen Sprachen zielführend sind und realisiert werden können. Da die größte Migrationsgruppe Menschen mit türkischer Muttersprache sind, wäre es eine besondere Überlegung, ob es Beiträge in türkischer Sprache geben kann.

Begründung:

Tempelhof-Schöneberg ist ein bunter, vielseitiger Bezirk, der von seiner Multikulturalität geprägt ist.

Jede/r sollte die Möglichkeit haben, sich über die politischen Angelegenheiten in seinem Bezirk informieren zu können. In Tempelhof-Schöneberg bilden türkische Migrantinnen und Migranten die größte Gruppe. Gerade Migrantinnen und Migranten der ersten Generation haben Probleme mit der deutschen Schriftsprache, sind aber durchaus an der Politik in ihrem persönlichen Umfeld interessiert. Um dieses Interesse zu befriedigen und sowohl älteren Migrantinnen und Migranten als auch denen, die der deutschen Sprache nicht vollständig mächtig sind, diese Möglichkeit zu geben, sollte man nicht darauf insistieren, dass sie Artikel in deutscher Sprache lesen, sondern Entgegenkommen signalisieren.

Es gilt darauf aktiv hinzuwirken, dass Integration am lebendigen Beispiel gestaltet wird, denn Integration ist keine Einbahnstraße.

Berlin, Oktober 2010

Inklusion durch Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements: Impulse aus der AG Migration Tempelhof-Schöneberg

Präambel

- Das folgende Arbeitspapier bezieht sich auf das kommunale Wahlprogramm der SPD in Tempelhof-Schöneberg zum Thema Integration 2011.
- Das Papier umfasst aus Sicht der AG Migration die Punkte, die in den Teil des Wahlprogramms, welches das Thema Migration und Integration behandelt, mit aufgenommen werden sollen.
- Es handelt sich hierbei um keine ausschließende Liste, sondern lediglich um Empfehlungen seitens der AG.
- Unser Ziel ist, die Sichtweise der AG Migration (ergänzend) aktiv in die Diskussion um die Ausgestaltung des kommunalen Wahlprogramms der SPD in Tempelhof-Schöneberg einzubringen.
- Das Arbeitspapier wurde auf einer Mitgliederversammlung der AG Migration gemeinsam mit verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren aus dem Bezirk entwickelt. Als Ausgangsbasis diente das kommunale Wahlprogramm der SPD in Tempelhof-Schöneberg aus dem Jahr 2006, sowie das Ergebnis einer Kartenabfrage zum Thema Integration der integrationspolitischen Sprecherin der SPD BVV-Fraktion des Bezirks Marijke Höppner.
- Die AG Migration, würden es begrüßen, wenn im weiteren Verlauf des Erarbeitungsprozesses die angesprochenen Punkte berücksichtigt werden.
- Gerne beteiligen wir uns an der weiteren Diskussion.

1. Einführung

- Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg (T-S) ist ein vielfältiger Bezirk.
 - Seine Bewohner gestalten den Bezirk gemeinsam und sehen sich als Tempelhof-Schöneberger. Sie leben und arbeiten hier, engagieren sich in Vereinen und Organisationen, gehen hier zur Schule oder genießen ihren wohlverdienten Ruhestand. Sie alle prägen den Bezirk und machen ihn zu dem, was er ist: ein Ort, der ihr Lebensmittelpunkt ist und an dem sie sich wohlfühlen.
 - Knapp ein Drittel (31,2%) der Bewohner Tempelhof-Schönebergs hat einen Migrationshintergrund.
 - 10% der MigrantInnen sind dabei älter als 65.
 - Tempelhof-Schöneberg hat somit die fünfthöchste Zahl an Menschen mit einem Migrationshintergrund in Berlin.

- Nach unserem Verständnis gehören alle Menschen aus Anatolien, dem Kaukasus oder anderen Regionen der Welt genauso zu dieser Gesellschaft, wie diejenigen, die schon seit Generationen in Tempelhof-Schöneberg leben.
- Somit stellt sich die Frage nach dem eigentlichen Ziel von Integration. In den Integrationskonzepten der letzten Jahre ging es vor allem darum, dass sich die MigrantInnen in die Mehrheitsgesellschaft einfügen sollten. Das bedeutet aber immer eine Art „Anpassung“, „Ähnlicherwerden“, „Etwas von seinen Eigenheiten ablegen“ oder „Eigenheiten einer Mehrheit annehmen“, und zwar über die bloße Einhaltung herrschender Gesetze hinausgehend in Bezug auf z.B. Lebensgestaltung, Kleidung oder Wertvorstellungen. Daneben stellt sich die Frage, wer eigentlich zur Mehrheit und wer zur Minderheit gehört.
- Dieser Ansatz ist ethisch als äußerst problematisch zu betrachten, da er eine unzulässige Einmischung in die Freiheit der Lebensgestaltung Einzelner sowie bestimmter Gruppen darstellt.
- Wir halten diesen Ansatz daher für falsch und wollen den Begriff „Integration“ ablösen und mit „Inklusion“ zumindest ergänzen, wenn möglich ersetzen.
- Inklusion beschreibt nach unserem Verständnis die Ermöglichung sozialer Teilhabe an einer Gruppe durch Wahrnehmung und Wertschätzung von Abweichungen und Differenzen.
- Hieraus ergibt sich auch der Anspruch der Politik, Chancengleichheit für alle im Bezirk lebenden Menschen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter, sexueller Orientierung, Religionszugehörigkeit, Weltanschauung und/oder Behinderung, zu ermöglichen und deren Potentiale für die Gesellschaft zu nutzen.
- Damit dies gelingt, bedarf es nach Ansicht der AG Migration vor allem einer Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Mit dieser Forderung wollen wir uns bewusst von der Politik verabschieden, die Migranten lediglich als zu „integrierende Fremde“ verstehen. Erste Schritte sind mit dem Partizipationsgesetz bereits vollzogen. Konkret wollen wir das Partizipationsgesetz mit Leben füllen und somit das bürgerschaftliche Engagement stärken, indem wir:
 - diejenigen unterstützen, die in Projekten, Initiativen und Vereinen sich engagieren. (Unterstützung von Engagement);
 - den Informationsfluss zwischen allen Beteiligten verbessern (Schaffung von Verbindung);
 - die vorhandene Diversität und Vielfalt im Bezirk stärker in das öffentliche Bewusstsein rücken (Sichtbarmachung von Vielfalt).

2. Unterstützung von Engagement

Tempelhof-Schöneberg kann auf eine Vielzahl von engagierten und couragierten Bürgern zählen, die sich für ein besseres Zusammenleben im Bezirk engagieren. Ohne ihren Einsatz sind viele Aktivitäten in Projekten, Initiativen oder Vereinen nicht denkbar.

- In diesen Bereichen spielen vor allem die Migrantenselbstorganisationen (MSO), aber auch weitere Institutionen mit ihrem bürgerschaftlichen Engagement eine zentrale Rolle.
 - Die MSOs unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Mitglieder, ihrer Zielsetzungen und Funktionen, übernehmen jedoch stets eine Mittlerfunktion.
 - Aufgrund der immer knapper werdenden finanziellen Mittel der öffentlichen Hand ist die Konsolidierung der MSOs und ihrer ehrenamtlichen Mitstreiter bei der Integrationsarbeit unumgänglich geworden.
 - Für einen Großteil der Fachöffentlichkeit sind MSOs mit der Zeit zu einem wichtigen teilprofessionellen Bestandteil der sozialen Migrations- und Integrationsarbeit geworden. Alle Beteiligten an dem Diskurs zum Wirkungsgrad von MSOs sollten sich darin einig sein, dass er sich nicht auf eine Optimierung der Haushaltskonsolidierung des BA beschränkt.
 - MSOs bilden Institutionen und soziale Netzwerke, welche durch ihren Erfahrungshorizont und ihre Selbstbetroffenheit dazu befähigt sind, Interessen ihrer Klientel authentisch zu vertreten. Sie können gerade deshalb notwendige Modifikationen bei Entscheidungsfindungsprozessen einbringen, da sie am ehesten in der Lage sind, die Lebenswelt und vor allem die Lebenswirklichkeit von MigrantInnen authentisch darzustellen.
- Wir möchten die Migrantenselbstorganisationen (MSOs), wie diejenigen, die unter dem Dach der Tsagif organisiert sind, weiter unterstützen und Ihnen helfen, damit sie Ihre Arbeit erfolgreich fortführen können. Konkret sehen wir drei Kernbereiche, in denen wir als Partei die Organisationen aktiv unterstützen können. Diese sind: Bildung, Jugend und Wirtschaft/Soziales/Wohnen.
- Bereich Bildung
 - Der Bereich Bildung ist aus Sicht der AG zentral für den Bereich Inklusion.
 - Große Defizite sehen wir vor allem im Beratungsangebot von Eltern mit Migrationshintergrund bezgl. des Schulsystems. Unserer Ansicht nach besteht hier ein konkreter Handlungsbedarf auf Seiten des Bezirks, nicht zuletzt auch durch die gerade in Kraft getretene Schulreform.
 - Neben dem Beratungsangebot für Eltern spielt für den individuellen Schulerfolg der Schüler auch ein gut ausgebautes Betreuungsangebot eine entscheidende Rolle.
 - Die Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Ganztagschulen und Kitas muss weiter verbessert und ausgebaut werden. Dies kann auch in Zusammenarbeit mit Vereinen und Organisationen geschehen. Positive Ansätze, wie im Projekt der Lesepatzen umgesetzt, haben in der Vergangenheit in diesem Bereich bereits Akzente gesetzt. Diese gilt es weiter zu unterstützen und ggf. mit Initiativen aus anderen Bezirken zu ergänzen. Konkret sind hier z.B.: Senioren als Integrationspaten für junge MigrantInnen zu nennen, nach dem Vorbild der

Neuköllner Talentpaten, oder aber auch die Kiezdedektive in Friedrichshain-Kreuzberg.

- Weiterhin sieht es unsere AG als wichtig an, dass mehr LehrerInnen und ErzieherInnen/SozialpädagogInnen mit Migrationshintergrund in unsere Bildungseinrichtungen kommen. Nach unserer Ansicht sollten (Schul-) DirektorInnen dazu motiviert werden, ihren vorhandenen Gestaltungsspielraum voll auszunutzen.
- Bereich Jugend
 - Aus Sicht der AG Migration gilt es die Jugendarbeit im Bezirk weiterhin zu intensivieren.
 - Die Stigmatisierung der Jugendlichen mit Migrationshintergrund treibt junge MigrantInnen oft in die Arme krimineller Organisationen. Aktuell ist diese Entwicklung z.B. bei einschlägigen Motorradklubs im Bezirk zu beobachten. Die jungen Menschen, die in den Bildungseinrichtungen nicht erreicht werden, müssen über die Straßensozialarbeit wie z.B. Gangway e.V. angesprochen werden. Die AG spricht sich daher für den Erhalt und die Stärkung bestehender Projekte und Jugendzentren, vor allem in den bekannten Brennpunkten Tempelhof-Schönebergs, aus.
 - Ein weiteres - noch nicht so sehr in der Öffentlichkeit thematisiertes Problem stellt die Zwangsverheiratung oder Misshandlung von jungen Männern mit Migrationshintergrund dar. Hier empfehlen wir -analog zu Angeboten für Frauen - eine Einrichtung, die sich um diese junge Männer kümmert.
- Bereich Wirtschaft/ Soziales/ Wohnen
 - Die Wirtschaft in Tempelhof-Schöneberg lebt von engagierten Unternehmern und seinen Mitarbeitern. Aus diesem Grund sehen wir den Bereich Wirtschaft als weiteren wesentlichen Bereich für eine erfolgreiche Inklusionspolitik im Bezirk an.
 - Vor allem die Öffnung des Tempelhofer Felds kann die Entwicklung im Bezirk weiter positiv stimulieren. Die Öffnung darf nach Ansicht der AG nicht nur ein Katalysator für die wirtschaftliche Entwicklung sein, sondern auch für die Integrationspolitik (Inklusionspolitik) im Bezirk und Land. Konkret fordern wir, dass z.B. alle Maßnahmen zur Gestaltung und zum Ausbau hinsichtlich ihrer interkulturellen Ausrichtung bewertet werden.
 - Ein weiteres wichtiges Ziel bleibt die Schaffung von neuen Ausbildungsplätzen für alle Jugendlichen. Im Besonderen sind Jugendliche mit Migrationshintergrund(MH) hier noch immer benachteiligt. Das Bundesinstitut für Berufsbildung stellt in seiner Untersuchung fest, dass bei gleichem Ausbildungsziel, vergleichbarer Suchstrategien sowie bei gleichen schulischen Voraussetzungen, Jugendliche mit MH geringere Chancen haben, in einer vollqualifizierenden Ausbildung sich wieder zu finden.
 - Eine Chancengleichheit in dem Bereich herzustellen, muss aus Sicht der AG weiterhin ein wichtiges Ziel sein. Die "Interkulturelle Öffnung" des Bezirksamtes

kann hier als positives Beispiel herangezogen werden. Schon heute haben 30% der neuen Azubis und 40% der Mitglieder des Quartiersrates Migrationshintergrund.

- Social Responsibility steht heute schon auf der Agenda vieler, auch Tempelhof-Schönerberger Unternehmen. Wir müssen diese Motivation nutzen und das Engagement der Unternehmen für den Bezirk nutzbar machen.
- Im Bereich Wohnen und Soziales plädieren wir für eine stärkere Fokussierung auf die aktuelle Wohnlage von MigrantInnen in den Kiezen. Gerade die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass von der Verdrängung auf dem Wohnungsmarkt verstärkt MigrantInnen betroffen sind. Neben dem erhöhten Armutsrisiko und den damit verbundenen sozialen Ausgrenzungserscheinungen findet hierdurch eine weitere räumliche Verdrängung statt. Diesem Trend entgegenzuwirken und dafür geeignete Maßnahmen zu entwickeln, halten wir als AG Migration für besonders wichtig.
- In Gesprächen mit Betroffenen kristallisierte sich vor allem der Bedarf nach einer Mieterberatung für MigrantInnen heraus. Problematisch ist vor allem das ungenügende Wissen über die eigenen Rechte gegenüber Vermietern und Wohnungseigentümern. Hier muss der Bedarf durch den Ausbau des Informationsangebotes für Menschen mit MH entsprechend gedeckt werden.
- Darüber hinaus ist es notwendig, die Partizipationsangebote innerhalb der Kieze weiter auszubauen, so dass Familien mit MH besser in die Gestaltung ihrer Lebensumwelt mit einbezogen werden können. Hier plädieren wir für die weitere aktive Unterstützung von Projekten, wie z.B. die der Integrationslotsen.
- Als letzten Punkt ist die Situation der SeniorInnen zu nennen. Die Zahl der SeniorInnen mit Migrationshintergrund beträgt heute schon 10% und wird in den nächsten Jahren ebenfalls weiter ansteigen. Unser Bezirk leistet heute schon eine hervorragende interkulturelle Seniorenarbeit. Diese muss weiter ausgebaut werden. Aus diesem Grund müssen entsprechende Unterstützungsangebote im ehrenamtlichen Bereich initiiert und durch das Bezirksamt (BA) unterstützt werden. Bestehende Angebote müssen weiter ausgebaut werden. SeniorInnen mit MH müssen konkret Wege zu Gremien wie dem SeniorInnenbeirat eröffnet werden, da bisher dort noch kein Mitglied mit Migrationshintergrund vertreten ist. Die Grundvoraussetzung für die Teilhabemöglichkeit an diesem Gremium ist die Aufklärung der SeniorInnen mit MH, bezgl. der Partizipationsmöglichkeiten durch Informationsveranstaltungen und Schulungen.

3. Schaffung von Verbindung

- Neben der Unterstützung von einzelnen Akteure und Projekten sehen wir als AG es als essentiell an, dass die vorhandenen Netzwerke gestärkt und neue geknüpft werden.
- Als Basis kann hier, der in Arbeit befindliche, „Integrationsatlas“ dienen, der alle Projekte, Initiativen und Vereine im Bezirk aufzeigt.

- Berührungspunkte zwischen Sportvereinen, Jugendzentren und Projekten sollen dazu genutzt werden, ein dichtes und tragfähiges Netzwerk zu knüpfen. Als konkrete Maßnahmen sind z.B. Veranstaltungen von (Fußball-)turnieren, etc., die in Verbindung mit den Sportvereinen des Bezirks ausgerichtet werden können, denkbar.
- Auch der Bezirk soll aus Sicht der AG verstärkt Anstrengungen unternehmen, dass z.B. Partnerschaften zwischen Unternehmen und Schulen wie auch Jugendeinrichtungen ausgebaut werden. Auch Partnerschaften zwischen Schulen oder Jugendeinrichtungen sind auszubauen.
- Bei der Förderung von Projekten und Akteuren muss nach unserer Ansicht eine Kooperationspflicht mit anderen Akteuren in die Zielvereinbarung mit aufgenommen werden. Durch die Stärkung von „Tandemprojekten“ z.B. zwischen MSOs und Verbänden, wird zum einen die Netzwerkarbeit untereinander gefördert und zum anderen können hierdurch Ressourcen effizienter und zielgenauer eingesetzt werden.
- Bestehende Projekte mit Jugendlichen sollten darüber hinaus auch in vorhandene Strukturen besser eingegliedert werden.
- Neben der Netzwerkarbeit zwischen den Akteuren ist es wichtig, dass diese auch Zugang zu politischen Entscheidungsträgern bekommen, wie z.B. in Diskriminierungsfällen. Aus Sicht der AG liegt hierin für die Integrationsbeauftragte des Bezirks eine der Hauptaufgaben.
- Wir als AG Migration plädieren weiterhin dafür, dass die Integrationsbeauftragte des Bezirks in die Lage versetzt wird, als Informationsstützpunkt für alle Fragen des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft zu fungieren. Diese dann entsprechend den Verantwortlichkeiten der Fachabteilungen und Institutionen zu kanalisieren bzw. weiterzuleiten.
- Darüber hinaus muss die AG der Tempelhofer und Schöneberger Immigrantinnen- und Flüchtlingsprojekte (T-SAGIF) in seiner Funktion weiterhin unterstützt und ausgebaut werden.

4. Sichtbarmachung von Vielfalt

- Tempelhof-Schöneberg wird gemeinhin als „vielfältiger Bezirk“ beschrieben. Wir als AG Migration halten es daher für unablässig, dass hieraus auch ein reales „vielfältiges Straßenbild“ wird.
 - Bei Straßenneu -und/oder Umbenennungen soll der Aspekt in die Überlegungen mit einbezogen werden, dass auch Persönlichkeiten oder Orte aus den Heimatgebieten der Bewohner in die engere Wahl mit aufgenommen werden sollten. (Beteiligungsverfahren entsprechend offen kommunizieren und gestalten).
 - Bei der weiteren Planung und Ausgestaltung des Tempelhofer Feldes setzen wir uns dafür ein, dass z.B. Grillplätze oder Teegärten eingerichtet werden.

- Die „interkulturelle Öffnung“ der Verwaltung muss weiter vorangetrieben werden. Ziel muss es sein, dass die Verwaltung in ihrer Zusammensetzung ein Abbild der Bevölkerungsstruktur wird.



Antrag

AntragsstellerIn:
Orkan Özdemir
Für die AG Migration

Erfolgreiche und soziale Umsetzung des Bundesgesetzes zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen

Die SPD Arbeitsgemeinschaft Migration Thf-Sbg möge beschließen:

Die SPD Landesarbeitsgemeinschaft Migration Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der Berliner SPD möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

Die SPD setzt sich für die erfolgreiche Umsetzung des neuen Bundesgesetzes "Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen" ein und schafft die dafür erforderlichen Voraussetzungen:

1. Einrichtung von kompetenten Beratungsstellen
2. Festlegung von einheitlichen Gebühren, die nicht zu einer sozialen Hürde werden
3. Schaffung eines von den Herkunftsländern unabhängigen und transparenten Anerkennungsverfahrens
4. Kostenfreies und finanziell gefördertes Angebot der für eine volle Gleichstellung erforderlichen Qualifizierungsmaßnahmen an alle Betroffenen

Begründung

In der Bundesrepublik leben 2,8 Millionen Migrantinnen und Migranten mit einer Qualifikation aus den Heimatländern. Der Fachkräftemangel und der demografische Wandel verlangen von uns, jetzt zu handeln und diese vorhandenen Potentiale umzusetzen. Außerdem wirkt eine schlechte Arbeitsmarktintegration auf die persönliche Entwicklung der Betroffenen negativ und belastet unser Sozialsystem.

Berlin, Januar 2012



Antrag

AntragsstellerIn:

Orkan Özdemir

Für die AG Migration

Kinderarmut endlich beenden – Grundsicherung für Kinder einführen!

Die SPD Arbeitsgemeinschaft Migration Thf-Sbg möge beschließen:

Die SPD Landesarbeitsgemeinschaft Migration Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der Berliner SPD möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

Die SPD spricht sich für die Einführung einer allgemeinen und bedarfsunabhängigen gesetzlichen Kindergrundsicherung als Grundrecht auf staatlich gewährte und garantierte Leistungen aus. Damit entfallen Sozialleistungen nach den bedarfsabhängigen Regelsätzen nach SGB II („Hartz IV“).

Die gesetzliche Kindergrundsicherung

- kommt allen Kindern unabhängig von ihrer familiären Herkunft bzw. dem Einkommen der Eltern zu, aber unterliegt deren Besteuerung;
- wird vorrangig vor anderen Sozialleistungen gewährt;
- erfolgt unabhängig von den weiterhin bestehenden rechtlichen Ansprüchen auf zusätzliche Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB);
- wird monatlich gewährt und orientiert sich in der Höhe am jeweils gültigen Existenzminimum (aktuell 502 € / Monat);
- wird für alle Kinder bis zum 18. Lebensjahr gewährt und kann um die Dauer der Ausbildung verlängert werden;
- bedarf der Einführung eines gesetzlichen existenzsichernden Mindestlohns, um Niedriglöhne und Ausbeutung von lohnabhängig Beschäftigten zu stoppen und damit dem indirekten Missbrauch der Kindergrundsicherung entgegenzuwirken;

Das sozialdemokratische Ziel, durch massiven Ausbau der Infrastruktur für Bildung und Betreuung zudem Chancengleichheit für alle Kinder herzustellen, bleibt durch die Einführung einer Kindergrundsicherung unberührt.



Begründung:

Grundsätze und Ziele

Nach einer internationalen Vergleichsstudie des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen Unicef lebt in Deutschland jedes zehnte Kind in Armut oder ist davon bedroht. In fast allen westlichen Industriestaaten wächst der Anteil von Kindern in Armut, so Unicef. Zwar liegt Deutschland im OECD-Vergleich weiterhin im Mittelfeld (10,2%), jedoch ist hier die Kinderarmut seit 1990 wesentlich stärker gestiegen als anderswo.

Die Unicef-Studie macht deutlich: Der größte Anstieg von Kinderarmut in der Bundesrepublik ist bei Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund zu verzeichnen. In den 1990er Jahren verdreifachte sich der Anteil armer Kinder in dieser Bevölkerungsgruppe von rund 5 auf 15%. Dieser Anstieg lag weit über dem Durchschnitt und trug maßgeblich zum Gesamtanstieg der Kinderarmut in Deutschland bei.

In Deutschland leben derzeit 2,4 Mio. Kinder in Armut. Was das einzelne Kind zum Leben erhält, hängt von der Einkommenssituation der Eltern ab und ist damit dem Schicksal bzw. dem Zufall der Geburt überlassen. Diese Ungerechtigkeit in der Chancenverteilung für Kinder wird noch dadurch verstärkt, dass Bezieher höherer Einkommen über Steuerfreibeträge eine bessere Förderung für ihre Kinder erhalten als Bezieher niedrigerer Einkommen oder als Menschen, die aufgrund von Erwerbslosigkeit oder Niedriglohnarbeit keine Steuern zahlen. Dieser Zustand ist unerträglich und steht im Widerspruch zu allen politischen Beteuerungen zu mehr Bildung und mehr Chancengleichheit für Kinder!

Ziel der Kindergrundsicherung ist die Sicherung des Existenzminimums von Kindern in Abhängigkeit von der steuerlichen Leistungsfähigkeit der Eltern. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zu den Regelsätzen nach SGB II („Hartz IV“) festgestellt, dass für die Bemessung des Existenzminimums Art. 1 Grundgesetz („Die Würde des Menschen ist unantastbar“) ausschlaggebend ist. Die Einführung einer Kindergrundsicherung würde dieser Auffassung zum Durchbruch verhelfen, da Kinder nicht länger, wie bei den bisherigen Regelsätzen nach SGB II, als „abgeleitete Erwachsene“, sondern als vollwertige Menschen mit vollen sozialen Bürgerrechten gelten würden. Kinder würden sozialpolitisch als eigenständige Menschen betrachtet und damit endlich in den Genuss von gleichen Chancen gelangen.

Die Grundsicherung für Kinder darf jedoch nicht als Lohnsubvention für Niedriglohnbeschäftigte missbraucht werden. Deshalb setzt das Konzept der Kindergrundsicherung einen gesetzlichen existenzsichernden Mindestlohn voraus. Die beste Absicherung für Kinder ist eine gute und gut bezahlte Arbeit der Eltern!



Funktionsweise und Finanzierung

Die Kindergrundsicherung soll bis zum 18. Lebensjahr für jedes Kind gewährt werden und den Eltern ausbezahlt werden. Die Höhe entspricht dem jeweils gültigen Existenzminimum (derzeit 502 € / Monat). Für Eltern wird die Kindergrundsicherung zum Teil ihres Einkommens und damit steuerpflichtig. Mit zunehmendem Einkommen wird die Kindergrundsicherung demnach „abschmelzen“, so dass sehr viele Familien bis weit in die Mittelschicht profitieren würden. Sonderleistungen nach SGB II bleiben von der Grundsicherungsleistung unberührt, um individuellen Lebenslagen (wie etwa zusätzliche Wohnkosten) gerecht zu werden.

Die Kindergrundsicherung finanziert sich durch ein ganzes Bündel von steuerpolitischen Maßnahmen;

- steuerlicher Rückfluss aus den gewährten Leistungen durch die Bezieher hoher Einkommen;
- Wegfall der bisherigen Leistungen Kindergeld, Kinderfreibetrag, Kinderzuschlag, Sozialgeld;
- Wiedereinführung der Vermögensteuer;
- Anhebung des Spitzensteuersatzes von 43% auf 49% (wie von der SPD bereits beschlossen);
- Erhöhung der Erbschaftssteuer;
- Einführung einer Börsenumsatzsteuer;
- Abschaffung bzw. Reform des Ehegattensplittings;
- massiver Bürokratieabbau durch Abschaffung bisheriger Leistungen.

Darüber hinaus ergeben sich mittelfristig beträchtliche volkswirtschaftliche und fiskalische Einsparungen durch weniger chancenlose Kinder und damit weniger Empfänger staatlicher Transferleistungen.

Flankierende Maßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur für Kinder

Zur Überwindung von Kinderarmut in Deutschland reicht der bloße Transfer von Geld nicht aus. Es bedarf darüber hinaus eines massiven Ausbaus der Infrastruktur für Bildung und Betreuung. Die wichtigsten Strategien sind:

- gesellschaftliche Teilhabe, sozialer Aufstieg und finanzielle Unabhängigkeit durch Bildung;
- Weiterentwicklung von Bildungseinrichtungen zu Zentren der sozialen Infrastruktur;
- umfassende Unterstützung von Kindern und Eltern durch Familienpolitik;
- Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen durch familienfreundliche Infrastruktur.



Angesichts der Dimensionen, die die Kinderarmut in Deutschland erreicht hat, und nach den Erfahrungen im Zusammenhang mit dem so genannten „Bildungs- und Teilhabepaket“ der schwarz-gelben Bundesregierung reicht die Diskussion über einzelne Schritte und winzige Verbesserungen für Kinder nicht mehr aus. Um die Situation von Millionen von Kindern in Deutschland dauerhaft zu verbessern, bedarf es eines Systemwechsels. Die Einführung einer Kindergrundsicherung ist ein zentrales sozial- und steuerpolitisches Vorhaben, mit dem der Sozialdemokratie ein echter Durchbruch zur Überwindung der Kinderarmut in Deutschland gelingen kann. Deutschland würde damit einen wichtigen Schritt auf dem Weg in eine solidarische und gerechte Gesellschaft machen.

Berlin, Januar 2012



Antrag

AntragstellerIn:
Orkan Özdemir
Für die AG Migration Thf-Sbg

Anerkennung ausländischer Hochschulabschlüsse in Landeshoheit

Die SPD Arbeitsgemeinschaft Migration Thf-Sbg möge beschließen:

Die SPD Landesarbeitsgemeinschaft Migration Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der Berliner SPD möge beschließen:

Die SPD spricht sich für eine einheitliche gesetzliche Regelung zur Anerkennung ausländischer Hochschulabschlüsse aus, deren Umsetzung in Landeshoheit liegt und nicht durch das Bundesgesetz "Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen" abgedeckt wird.

1. Grundlegend muss eine Beratungsstelle sein, die Betroffene berät, sodass ein progressives Anerkennungsgesetz sinnvoll umgesetzt werden kann.
2. Es muss eine landesweit gesetzlich geregelte Vorgabe für Gebühren geben, um so Abweichungen und Ungleichbehandlungen vorzubeugen. Die Beratungsgebühren freier und öffentlicher Träger dürfen nicht zur sozialen Hürde werden.
3. Kein Platz für Diskriminierung: Es muss in jedem Fall, unabhängig von Herkunft der Abschlüsse und Beruf, dieselbe Frist für die Anerkennungsprüfungsprozesse gelten. Die Bescheide müssen barrierefrei und leicht verständlich formuliert sein. Ebenso müssen sie alle notwendigen Angaben zur beruflichen Qualifikation der Betroffenen enthalten.
4. Zur Anerkennung eines Abschlusses soll künftig nicht mehr das Land, in dem die Qualifikation erworben wurde, sondern lediglich die Qualifikation ausschlaggebend sein, sodass es keine pauschale Unterteilung in EU-Mitgliedsstaat/Nicht-EU-Mitgliedsstaat mehr gibt, die über die Anerkennung entscheidet.
5. Alle Betroffenen müssen das Recht haben für alle - auch die „nicht reglementierten“- Berufe einen kostenfreien und geförderten Anpassungslehrgang absolvieren zu dürfen, um so - nach erfolgreich absolvierter Ausgleichsmaßnahme - eine Gleichwertigkeitsbescheinigung zu erhalten. Das Gesetz muss die Gleichbehandlung reglementierter und „nicht reglementierter“ Berufe vorsehen.



6. Es muss nicht nur eine gesetzliche Regelung für die Finanzierung dieser Ausgleichsmaßnahmen geben, sondern ebenso muss perspektivisch ein „Erwachsenenbildungsfördergesetz“ entwickelt werden, das verschiedene Förderinstrumente zusammenfasst und keine Unterschiede nach Nationalität oder Herkunft der Abschlüsse macht.
7. Es muss landesweit einheitliche Qualitätsstandards der Verfahren geben. Hierfür muss eine zentrale Agentur zur Entwicklung, Sicherstellung dieser Qualitätsstandards und für die landesweite Koordination zwischen den für die jeweiligen Berufe zuständigen Stellen eingerichtet werden.

Begründung:

Mit dieser gesetzlichen Regelung wird ein Rechtsanspruch auf ein sog. Bestimmungsverfahren organisiert. Den perspektivischen Erfolg kann man am Anspruch messen, die Betroffenen zu unterstützen und ihnen Brücken in das Erwerbsleben zu bauen. Eben diese Frage ist grundlegend. In Deutschland leben viele gut qualifizierte Zuwanderinnen und Zuwanderer. Laut Mikrozensus 2007 haben etwa 2,8 Millionen Migrantinnen und Migranten, die nach Deutschland zugewandert sind, in ihren Herkunftsländern einen akademischen oder anderen beruflichen Abschluss erworben. Hierzu zählen ca. 80 0000 akademische und rund 1,8 Millionen andere qualifizierende Abschlüsse deutschlandweit, viele davon zu einem erheblichen Maß in Berlin. Doch die großen Chancen, die sich aus der qualifizierten Zuwanderung für Wissensgesellschaft, Arbeitsmarkt und auch integrationspolitisch ergeben, werden bisher nur äußerst unzureichend genutzt. Trotz ihres guten Qualifikationsniveaus müssen hierzulande überdurchschnittlich viele Migrantinnen und Migranten deutlich unterhalb ihrer im Ausland erworbenen Qualifikationen arbeiten, weil ihre Abschlüsse nicht anerkannt werden oder zu viele Barrieren auf dem Weg zur Anerkennung bestehen. Denn die bestehende Anerkennungspraxis zeichnet sich durch Intransparenz, Undurchlässigkeit und ungleiche Zugangschancen aus.

Diese allgemeine Verschwendung von Potenzial und Bildungsressourcen ist nicht nur integrationspolitisch und aus Gründen der Teilhabegerechtigkeit völlig inakzeptabel, sie ist auch ein enormer Verlust für die Mehrheitsgesellschaft. Gerade in Berlin besteht aus wirtschaftlichen und wettbewerblichen Erwägungen heraus ein eklatanter Handlungsbedarf und Handlungsdruck. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund von Fachkräftemangel, demografischem Wandel und Wissensgesellschaft sind wir dringend darauf angewiesen, an die mitgebrachten Bildungs- und Ausbildungskapazitäten von Zuwanderinnen und Zuwanderern anzuknüpfen und sie zu nutzen.

Defizite bei der Anerkennung bestehen vor allem in rechtlicher, verfahrenstechnischer und finanzieller Hinsicht, aber auch mit Blick auf das quantitative Angebot von Beratungsmöglichkeiten, Zertifizierungsstellen, Brückenmaßnahmen und Anpassungsqualifizierungen. Wir brauchen daher eine Offensive bei der Anerkennung ausländischer Hochschulabschlüsse in Landeshoheit: eine umfassende Strategie zur Erschließung der Qualifikationsreserven von Migrantinnen und Migranten, die auch rechtliche, verfahrenstechnische und arbeitsmarktbezogene Verbesserungen bewirken kann.

Berlin, Januar 2012

5. Impressionen der AG-Arbeit



Sommerstammtisch 2010



Weihnachtsfeier der AG Migration mit friedenau.integrativ e.V.



März-Sitzung 2011 zu Sinti und Roma mit Prof. Dr. Helgard Washington-Kramer (FU Berlin), Hamze Bytyci (Amaro Drom e.V.)



Mai-Sitzung 2011 zum Jugendmigrationsdienst der AWO; Angelika Schöttler, Orkan Özdemir, Sevilay akbayir (v.l.n.r.)





Juni-Sitzung 2011 zum Seniorenbeirat mit Huzur e.V.



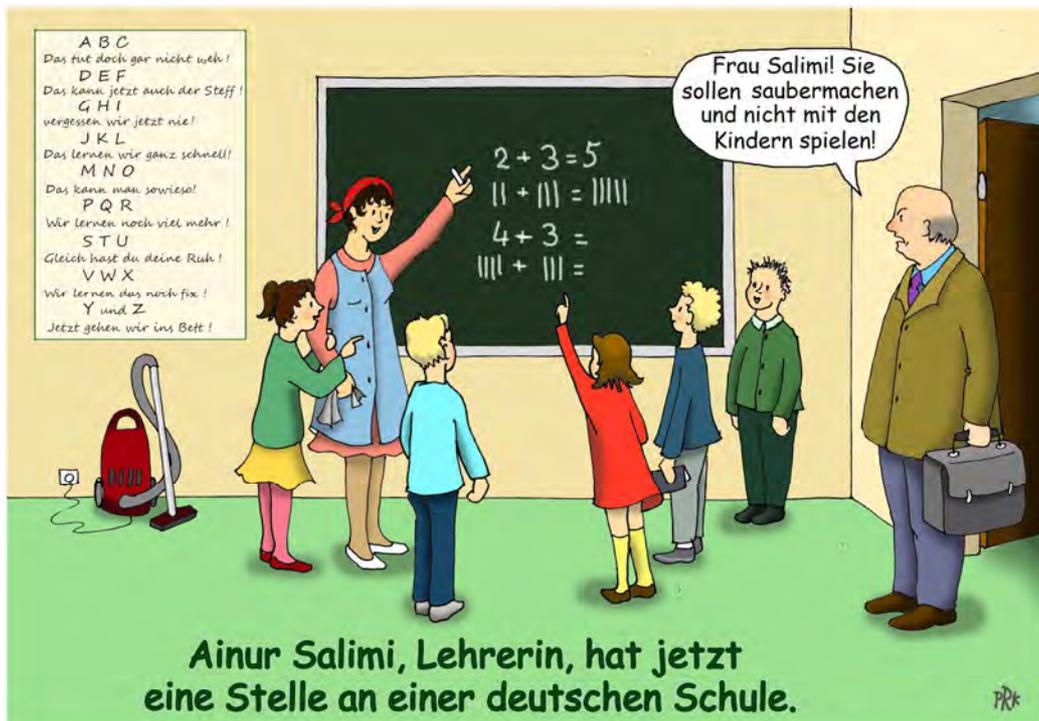
November-Sitzung 2011 zur Anerkennung ausländischer Hochschulabschlüsse mit Musa Özdemir (GEW), links, und Swen Schulz (MdB), rechts



Weihnachtsfeier der AG Migration 2011 mit [friedenau.integrativ e.V.](http://friedenau.integrativ.e.v)

Postkartenaktion der AG Migration Tempelhof-Schöneberg im Herbst 2011
zur Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse







*Ausländische Berufsabschlüsse
endlich anerkennen!*



Eine Aktion der AG Migration
Tempelhof-Schöneberg Berlin
www.spd-tempelhof-schoeneberg.de

Illustration: Petra Rudolphi-Korte



6. Flyer und Mitgliedsformular



SPD

Wie kann man mitmachen?

Wir suchen Mitstreiter und Mitstreiterinnen, die sich in der AG Migration der SPD Tempelhof-Schöneberg politisch engagieren wollen.

Haben Sie Interesse?

Dann laden wir Sie herzlich ein, an unseren Treffen teilzunehmen.

Treffpunkt:

Wir treffen uns einmal im Monat. Ort- und Zeitangaben unserer Veranstaltungen werden immer auf der Webseite bekannt gegeben.

Kontakt:

SPD Tempelhof-Schöneberg
Feurigstraße 4
10827 Berlin

Tel: 030 - 7812283

Fax: 030 - 78001217

Web: spd-tempelhof-schoeneberg.de

Facebook: AG Migration Tempelhof-Schöneberg

Email: agmigration@spd-tempelhof-schoeneberg.de

Die Arbeitsgemeinschaft
Migration / Integration

der SPD
Tempelhof - Schöneberg



Wer sind wir?

Die AG Migration ist ein Zusammenschluss von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in der SPD, die sich aktiv an der Gestaltung unseres Bezirkes beteiligen.

Wo stehen wir?

Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg zeichnet sich durch Vielfalt und Heterogenität aus. Wie in vielen Stadtteilen Berlins leben hier Menschen aus zahlreichen Herkunftsländern mit unterschiedlichen Muttersprachen, Religionszugehörigkeiten und Traditionen zusammen.

Viele Integrationskonzepte sehen die Ursache von Problemen beim Zusammenleben in der Verschiedenheit von Menschen. Sie versuchen daher, in die Lebensweise Einzelner einzugreifen, um eine Angleichung zu erreichen.

Wir vertreten einen anderen Ansatz: Wir sehen Unterschiede als Chance und Bereicherung an. Nach unserer Überzeugung entstehen Konflikte vor allem dann, wenn soziale Ungleichheiten zu groß und einzelne Gruppen von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werden.

Was wollen wir?

Unser Ziel ist es, Menschen in unserem Bezirk, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, eine Stimme zu geben, gesellschaftliche Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen und damit den sozialen Zusammenhalt in Tempelhof-Schöneberg zu stärken.

Wir setzen uns für Toleranz und gegen Rassismus, Nationalismus, Sexismus, Homophobie und Antisemitismus ein.

Wir stehen für die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von Minderheiten und Flüchtlingen.

Unsere Ideen und Vorstellungen tragen wir in die SPD, um Politik im Bezirk, im Land und darüber hinaus mitzugestalten.

Die Aufgabe unserer Politik muss es sein, Teilhabe von Menschen egal welcher Herkunft an unserem Bildungs-, Gesundheits- Sozial- und Arbeitssystem zu ermöglichen.

Was tun wir?

- Wir diskutieren und arbeiten gemeinsam an Ideen zum Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.
- Wir engagieren uns für die Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe für alle Menschen.
- Wir stehen im Dialog mit Projekten, Vereinen und Organisationen, die Menschen zusammenbringen, damit aus Unbekanntem Vertrautes wird.





Berlin, den 01. September 2010

Mitgliederwerbeprief

Wir laden Dich ein mitzumachen! Für ein lebenswerteres Tempelhof-Schöneberg!

Liebe Genossin, lieber Genosse,

die Arbeitsgemeinschaft Migration der SPD Tempelhof-Schöneberg möchte Dich einladen, an den Gestaltungsprozessen von Migrations- und Integrationspolitik in Deinem Bezirk aktiv mitzuwirken.

Die AG Migration ist ein Zusammenschluss an Migrationspolitik interessierter Menschen innerhalb der SPD. Wir stehen für die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung ethnischer Minderheiten und Flüchtlingen unter Förderung der kulturellen Vielfalt. Zudem setzen wir uns für Toleranz, gegen Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus ein.

Diese Grundsätze finden sich auch in unseren regelmäßig stattfindenden Diskussionen und Veranstaltungen wieder. Die Themen, die wir diskutieren, sind so vielfältig wie unser Handlungsfeld. Aktuelle landes- oder bezirkspolitische Themen wie das Integrations- und Partizipationsgesetz oder der Tempelhof-Schöneberger Integrationsbericht werden bei uns besprochen. Wir diskutieren aber auch übergeordnete theoretische Ansätze zu Vielfalt, Inter-, Intra- und Transkulturalität. Internationale und europäische Themen wie z.B. der EU Beitritt der Türkei gehören ebenfalls in unser Themenspektrum. Unsere Veranstaltungen sind offen für alle Interessierte.

Wir würden uns sehr darüber freuen, Dich bei einer unserer Veranstaltungen zu sehen – wir treffen uns jeden zweiten Mittwoch im Rathaus Schöneberg. Denn nur, wenn sich Viele an den Prozessen der Gestaltung unserer Gesellschaft beteiligen, kann sich der Sinn eines gemeinsamen solidarischen Miteinanders entwickeln. Wir möchten als AG Migration die Plattform bieten, um migrationspolitische Ideen im Sinne eines Pluralismus zu verwirklichen. Wir setzen auf Deine Kreativität, Vielfalt und Deinen Sachverstand, um Impulse für die Politik der SPD im Bezirk, im Land und darüber hinaus zu geben.

Du möchtest mehr über die AG Migration erfahren und aktiv mitentscheiden können? Dann werde Mitglied! Das Mitgliedschaftsformular findest Du im Anhang. Du kannst aber auch formlos eine Email schreiben an: orkanoezdemir@yahoo.de

Gern nehmen wir Dich auch in unseren Emailverteiler auf.

Jede bzw. jeder Einzelne ist wichtig und stärkt das Fundament auf dem das Engagement unserer Mitglieder aufgebaut ist! Wir freuen uns darauf, Dich demnächst bei uns begrüßen zu dürfen.

Mit solidarischen Grüßen
Orkan Özdemir



Beitrittserklärung für die AG Migration im SPD Landesverband Berlin

Auf Grundlage der vom Landesvorstand der Berliner SPD überarbeiteten Richtlinien der AG Migration* (Stand: 14.11.2011) erkläre ich meine Zugehörigkeit und bitte zukünftig um Einladungen zu den Veranstaltungen des für mich zuständigen Kreises und des Landesverbandes.

Vorname, Name

Adresse

E-Mail-Adresse

Telefon / Handy

Ich bin SPD-Mitglied im Kreis:

Ich bin **kein SPD-Mitglied:**

Datum, Unterschrift

*Auszug aus den Richtlinien der AG Migration:

§ 3 Mitgliedschaft

- (1) Der Arbeitsgemeinschaft kann jedes Mitglied der Berliner SPD angehören. Dies geschieht durch Abgabe der schriftlichen Beitrittserklärung beim Landes- oder Kreisvorstand der Arbeitsgemeinschaft. In Bezirken, in denen kein Kreisvorstand der Arbeitsgemeinschaft existiert, meldet der dortige Kreisvorstand der SPD die Namen der an der Mitarbeit Interessierten an den Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft oder die Interessierten melden sich direkt dem Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft an.
- (2) Das aktive und passive Wahlrecht für Funktionen in der Arbeitsgemeinschaft bleibt Mitgliedern vorbehalten, die zum Zeitpunkt des Versands der Einladung entweder in der Mitgliederliste (MAVIS) registriert sind oder in geeigneter Form ihre Mitarbeit schriftlich gegenüber dem SPD-Landesverband erklärt haben.
- (3) Die Teilnahme von Personen, die nicht Mitglieder der Partei sind, ist auf Beschluss des zuständigen Vorstandes der AG Migration möglich.

Bitte ausgefüllt und unterschrieben zurück an: SPD Landesverband Berlin, Müllerstraße 163, 13353 Berlin, per Fax: (030) 4692164 oder per Mail: zielgruppen.berlin@spd.de